

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je Zeile über deren Raum 40 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Verles-
 und Besammlungs-Anzeigen 25 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stei-
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 6 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 26. Juli 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Niederlage der Regierung.

London, 22. Juli.

Seit dem 15. Mai 1903 — seit der Eröffnung der zollpolitischen Agitation durch Mr. Chamberlain — befindet sich das englische Parlament in einem Zustande unheilbarer Schwäche. Die konservative Partei, die bei den Hauptwahlen 1900 gesiegt und deshalb die Leitung der Staatsgeschäfte übernommen hatte, wurde durch den Gedanken einer Tarifreform bis ins Innerste erschüttert. Die Umgestaltung der Regierung, das Ausscheiden einiger ihrer Mitglieder und ihre Erziehung durch jüngere Kräfte, hat die Schwäche nicht beseitigt. Ihre Lebenskraft war erschöpft und doch konnte sie nicht ins Jenseits befördert werden. Bisher blieb sie bis zu Anfang des Jahres 1904, um dem Publikum zu gestatten, sich mit dem Gedanken eines britischen Zollvereins vertraut zu machen, um dann in voller Kenntnis der auszukämpfenden Fragen in den Wahlkampf einzutreten. Zu Anfang des Jahres 1904 war alles auf eine Parlamentsauflösung vorbereitet. Aber im Februar jenes Jahres brach der japanisch-russische Krieg aus und die ganze weltpolitische Lage wurde unsicher. Angesichts dieser Unsicherheit beschloß die Regierung, die Parlamentsauflösung zu verschieben. Die konservative Partei, die über eine bedeutende Mehrheit verfügte, billigte die Ansicht der Regierung, umso mehr als England als Bundesgenosse Japans an dem ausgebrochenen Kriege beteiligt wurde. Es war also ein Ereignis in der äußeren Politik, das die Parlamentsauflösung verzögerte.

Die Lage der Regierung war also die: im Innern war sie vollständig erschöpft und hätte in normalen Zeiten zurücktreten müssen, aber die äußere Ungewißheit bestimmte die Partei, die Leiche nicht begraben zu lassen. Für die Gesetzgebung hatte dies ganz unerquickliche Folgen. Reformpläne wurden eingebracht und zurückgezogen, Gesetzesvorlagen wurden lange diskutiert und in den ersten Beratungsstufen angenommen, aber dann erstickt. Es sei hier nur erinnert an die vielen Armeereformvorschlüge, an die Gewerblichkeitsvorlage, an die Arbeitslosenbill, an die Beschlüsse über das Frauenwahlrecht, an den Plan einer Neuerteilung der Wahlkreise — aus allen diesen legislativen Maßnahmen ist nichts geworden. Es war oft peinlich, die Debatten anzuhören oder zu lesen; es fehlte ihnen jeder Ernst; man sah, es war die reinste Spiegelgeschichte. Und wenn auch diese verurteilte, beantragte die liberale Partei ein Mißtrauensvotum gegen die Identifikation der Regierung mit den Plänen Chamberlains und die Leiche wurde tagelang gepeitscht. Zuweilen schien es, als ob auch das englische Unterhaus in einen Scheinparlamentarismus verfallen wäre. Die konservative Partei wollte Zeit gewinnen und erst dann die Macht an die Liberalen überlassen, wenn die Weltlage geklärt ist.

Allein ein wirkliches Parlament läßt sich doch nicht degradieren. Die Nachwahlen fielen fast regelmäßig zu Ungunsten der Regierung aus; die zollpolitischen Differenzen zwischen Chamberlain und Balfour traten schärfer hervor; die Radikalen, die Iren und einige Arbeiterabgeordnete wurden der Spiegelgeschichte müde; die Rebellion innerhalb der konservativen Partei wurde lauter, und die Anzeichen mehrten sich, daß die parlamentarische Mehrheit verfallen wird. Der Premierminister und konservative Führer, Mr. Balfour, der ein sehr tüchtiger Kopf ist, machte große Anstrengungen, die Partei zusammenzuhalten, aber die einmal erwachte Lebenskraft der Regierung konnte er nicht ersehen. Die Niederlage wurde unvermeidlich und sie kam in der Nacht vom 20. zum 21. Juli bei der Beratung des irischen Etats. Die Regierung blieb in einer Minderheit von vier Stimmen.

Die Iren sind in den letzten zwölf Monaten mit der Regierung sehr unzufrieden geworden. Die Schuld liegt nicht so viel an Balfour wie an der Schwäche der konservativen Partei. Im Jahre 1902, beim Abschluß des südafrikanischen Krieges, wurde in Irland eine Politik der Verschönerung eingeleitet. Zum Statthalter (Vizekönig) von Irland wurde Lord Dudley ernannt, der den Iren gewogen war und ihnen versprach, ihr Land nach irischen Ideen regieren zu wollen. Der erste Sekretär war Mr. Wyndham, ebenfalls ein Freund der Iren, und sein Kollege war Sir Antony Mac Donnell, ein katholischer Ire und Homeruler. Letzterer ist auch ein großer Kenner der Grund- und Bodenfrage in Irland und in England. Ebenso sollte Irland eine katholische Universität erhalten. Im Jahre 1903 brachte Mr. Wyndham die irische Landbill ein, die im ganzen Großen die irische Landfrage zur Zufriedenheit Irlands löste. Als aber die konservative Partei geschwächt und die Regierung immer mehr von einzelnen Abgeordneten abhängig wurde, setzten es die irischen Gütsbesitzer bei der Regierung durch, daß Wyndham und Mac Donnell ihre Posten verlassen mußten, da diese im Verdacht standen, die Interessen der irischen Pächter auf Kosten der Grundherren fördern zu wollen. Dann bereiteten sie die Versuche, den Iren eine katholische Universität zu geben. Die Iren beklagen sich ferner, daß die Verwaltung des Bodengesetzes vom Jahre 1903 nur die Grundherren berücksichtige. Um diese Angelegenheit eingehend im Parlamente diskutieren zu können, beantragte Mr. John Redmond, der Führer der Iren, die Herabsetzung der Ausgaben für die irische Landkommission um 100 Pfund Sterling. Die Diskussion dauerte bis nach Mitter-

nacht und sollte mit einer Abstimmung über den Antrag Redmonds abschließen. Eine Annahme dieses Antrages kam einem Tadelvotum gleich. Dessen waren sich alle Abgeordnete bewußt. Dennoch wurde der Antrag mit 202 gegen 198 Stimmen angenommen.

Die Regierung war geschlagen und Mr. Balfour wurde von Sir Henry Campbell-Bannerman, dem Führer der Liberalen, aufgefordert, die verfassungsmäßigen Konsequenzen zu ziehen. Mr. Balfour erbat sich einige Tage Bedenkzeit. Scheinbar ist die Niederlage nicht sehr bedenklich, denn sie war der Abwesenheit einer großen Zahl von konservativen Abgeordneten geschuldet. Allein zwei Tage vor der Niederlage hatte Balfour eine Besprechung mit seinen Parteigenossen und ersuchte sie, die Regierung eifrig zu unterstützen. Das Versagen bei der Abstimmung über den Antrag Redmonds kam deshalb so ausgelegt werden, daß die Regierung das Vertrauen ihrer Anhänger verloren habe.

Es ist müßig, über das Resultat dieser Niederlage zu spekulieren. Denn ehe diese Zeilen veröffentlicht sind, dürfte die Antwort Balfours bekannt sein. Hier sei nur jenseit bemerkt, daß sowohl im Lande wie im Parlamente eine Mehrheit für eine sofortige Parlamentsauflösung vorhanden ist. In der konservativen Partei sind es die Anhänger Chamberlains, die einen Rücktritt der Regierung wünschen. Sie glauben, daß die Liberalen bald abwirtschaften und dem Lande die Ueberzeugung beibringen werden, daß nur die Politik Chamberlains imstande sei, eine stabile Regierung zu schaffen. Sie hoffen, daß die liberale Partei, von den Iren und Arbeitern bedrängt, nur allgemeine Unzufriedenheit erzeugen könne, und daß nachher das Land froh sein werde, den versprochenen Fleischtöpfen Chamberlains nachzulaufen.

Wie aus dem Bericht über die gestrigen Parlaments-sitzungen in der gestrigen Nummer ersichtlich war, hat das Kabinett seine Entlassung nicht genommen. Es ist ihm offenbar gelungen, die Differenzen innerhalb der konservativen Partei noch einmal zu überbrücken. Trotzdem ist es bei der oben gekennzeichneten politischen Situation sehr fraglich, ob das Kabinett sich noch lange wird am Ruder halten können.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Juli.

Vjörkö.

Der Jar ist von der Zusammenkunft bei Vjörkö in die Peterhofer Gefangenschaft zurückgekehrt. Der deutsche Kaiser hat seine Fahrt durch die Ostsee fortgesetzt. Durch die Presse aber ergießt sich ein ungeheurer Schwall von Mutmaßungen und Kombinationen über die Bedeutung und Tragweite der Zusammenkunft, die so überraschend kam und die doch, wie jetzt deutlich wird, seit langem vorbereitet war.

Wir haben unsere Auffassung über die Zusammenkunft des Repräsentanten des Deutschen Reiches mit dem Vertreter des russisch-sibirischen Absolutismus ausgesprochen. Es ist bei den besonderen Umständen, unter denen sich die Zusammenkunft zutrug, unmöglich zu verkennen, daß sich eine deutsch-russische Annäherung vollzieht. Diese Annäherung geschieht aber im Widerspruch zu den Anschauungen der weitesten Kreise des deutschen Volkes, wie auch im Widerspruch zu den liberalen und demokratischen Bewegungen Russlands. Wir wünschen nicht an das Reich des Zarismus gekoppelt zu werden, dem der Fluch des deutschen Volkes gilt wie des russischen Volkes. Wir wünschen aber auch nicht, in den Fragen der auswärtigen Politik mit Russland noch enger verbunden zu werden. Wir wünschen nicht, daß der verhängnisvolle Fehler der deutschen Politik von 1895 sich irgendwie wiederhole, daß Deutschland sich an Russland Anhalt sucht, an demselben Russland, dessen barbarische Tendenzen auf die inneren Zustände Preußen-Deutschlands drücken. Wir wünschen nicht, eine Annäherung an Russland durch die Vertiefung des Gegensatzes zu Frankreich und insbesondere zu England zu erlaufen. Wir fordern eine auswärtige Politik, die nicht lediglich durch weltpolitische Rivalitäten der Kapitalistenklasse bestimmt ist, sondern eine auswärtige Politik der Kultur und des Friedens. Nicht nach Russland weist das Verlangen des deutschen Volkes, sondern nach Frankreich und England.

Noch eine andere Tatsache wird durch die Zusammenkunft von Vjörkö in grelle Beleuchtung gerückt. In den unendlich mannigfaltigen Vermutungen über den Sinn der Zusammenkunft drückt sich der ungeheuerliche Zustand aus, daß alle europäischen Nationen ununterrichtet sind, welchen Weg sie gehen sollen. Die Nationen haben nicht die Wahl ihres Geschicks. Ganze Völkerschicksale erscheinen abhängig von dem Willen und den Anschauungen Einzelner. Dem Ernsten, den Reizungen und den Fähigkeiten Einzelner werden die größten Fragen der Menschheit überliefert. Iren sie sich, die Völker müssen es büssen. Der Vorgang von Vjörkö zeigt in klaffender Eindringlichkeit, wie die europäischen Nationen in ihren auswärtigen Beziehungen nicht Herren in ihrem Haus sind. Die Völker werden zu einem lächerlichen Ratespiel verurteilt, um zu mutmaßen, was Monarchen befinden. Mehr als auf irgend einem anderen Gebiete ist hier das Recht und die Pflicht zur Selbstbestimmung der Völker ausgeschaltet!

Presse-Wirrwar.

Die russische Presse mißt nach einer Meldung des „D. T.“ der Begegnung der beiden Kaiser politische Bedeutung bei; sie deutet

die Möglichkeit eines abermaligen Zusammengehens von Deutschland, Frankreich und Russland an und gibt die Möglichkeit eines Einflusses des Ereignisses auf die bevorstehenden Friedensverhandlungen zu. Die „Notwoje Wremja“ schreibt: „Kaiser Wilhelm liebt es, durch persönliche Besuche den Boden für politische Aktionen vorzubereiten und seinen Diplomaten den Ton vorzuschreiben.“ Die „Wirshewija Wjedomosti“ erinnern an das Zusammengehen Deutschlands, Frankreichs und Russlands in der ostasiatischen Politik und heben hervor, daß, wenn das Resultat der Begegnung ein Uebereinkommen mit Deutschland sein werde, das keinerlei Demütigung in Europa hervorrufen dürfte, weil dadurch die Garantien des Friedens höchstens vergrößert würden.

Nach einem Telegramm der „Post. Ztg.“ jedoch sind die Artikel der russischen Blätter sehr kühl, sogar feindselig.

Die französische Presse ist voll Mißtrauen. Die „Agence Havas“ läßt sich aus Petersburg halbamtlich melden, daß die Kaiserbegegnung nicht vom Zaren, sondern vom Kaiser Wilhelm angeregt wurde. Dem „Matin“ wird aus Petersburg telegraphiert: „Man betrachtet hier den Schritt Wilhelms II. als zwecklos, sofern dem Kaiser daran gelegen hätte, Frankreich nicht unangenehm zu werden. Er erklärt sich nur als Kundgebung einer Politik, die es darauf angelegt hat, alle Kombinationen zum Scheitern zu bringen, die Russland an Japan und folglich an England annähern könnten.“ Jaurès schreibt: „Wenn der Jar einwilligt, dem Ruf des Kaisers zu folgen, und sich herbeiläßt, England dadurch zu beunruhigen und zu verletzen, geht er gleichzeitig eine Art Bündnis mit Deutschland ein. Unsere Diplomaten und Politiker, die mit der Möglichkeit, der Wahrscheinlichkeit eines deutsch-russischen Uebereinkommens nicht gerechnet haben, haben das phantastische Gedankengebäude im Leeren aufgebaut.“ Clemenceau erklärt sehr deutlich: „Es wäre gut, in Peterhof wissen zu lassen, daß die Fahrt des „Polarsterns“ bei uns gerechtes Mißtrauen erweckt hat und daß es nicht genügt, Rowier in einer Privatunterredung zu beruhigen, um dem Lande, das morgen vielleicht Rowier nicht mehr kennen wird, seine früheren guten Gesinnungen wiederzugeben. Wir sind eine Demokratie. Unsere Regierung kann nichts tun ohne die Zustimmung des Landes, und unsere Diplomatie hat uns so schwer betrogen, daß wir das Recht haben, unser Vertrauen künftig nur gegen gute Sicherheit zu gewähren.“

Passiver Widerstand.

Aus Wien wird uns vom 23. Juli geschrieben: Der berühmte „passive Widerstand“ der ungarischen Gemeinden und Municipien fängt allmählich an, recht aktiv zu werden. Im Wesen handelt es sich bei diesem alten Kampfmittel des Magyarentums gegenüber Wien um die Mitwirkung der Gemeinden bei der Steuererhebung und Aushebung der Rekruten. Daß Steuern nicht eregativ eingetrieben werden und die normalen Rekrutenaushebungen zu unterbleiben haben, wenn die Eintreibung durch ein Gesetz nicht gestattet ist, hat allerdings mit dem sogenannten passiven Widerstande nichts zu tun: das ist die Folge der Verfügung, welche die Zulässigkeit der Steuererhebung an die Einwilligung im Finanzgesetz, und die der Aushebung von Rekruten an die Feststellung der Höhe des Rekrutenkontingents und an die Bewilligung, dieses Kontingent auszuheben, ausdrücklich knüpft. Auch ist dies keine Besonderheit der ungarischen Verfassung; das gesetzliche Verhältnis ist in Oesterreich nicht anders. Nur daß eben in Oesterreich, wenn das Parlament ver sagt, die § 14-Verordnung ausfällt, wogegen in Ungarn eben eine Pöke entsteht, die man in dem beliebigen Kältenlatein den Ex-Leg-Zustand nennt. Freilich fehlt mit dem Mangel des Finanzgesetzes nicht bloß die Ermächtigung, Steuern einzuziehen, sondern auch die Ausgaben zu leisten, aber sie erweisen sich als sachliche Notwendigkeiten, welche die Erfüllung der Verpflichtungen des Staates unter allen Umständen erheischen, stärker als die Fiktionen des parlamentarischen Budgetrechtes. Wenn also auch ohne gesetzlich festgestelltes Budget und ohne gesetzliche Ermächtigung alle Ausgaben weiter geleistet werden, so sind in dem Ex-Leg-Zustand Steuern nie eingehoben, Soldaten nicht affentiert worden; weder in der budgetlosen Zeit unter Banffy im Jahre 1899, noch in dem ein volles Jahr währenden auhergesetzten Zustand im Jahre 1902, der drei Regierungen (Szell, Khuen, Tisza) umschloß. Was aber bisher unbeskränkt war, ist erstens die Uebnahme freiwillig geleisteter Steuern (so daß nur die eregative Eintreibung unterbleiben mußte); zweitens, was aus ihrer Natur entspringt, die Leistung der indirekten Steuern und Gebühren, und drittens die Affentierung freiwillig sich meldender Rekruten. Das alles zu verhindern, ist nun der eingestandene Zweck der Bewegung, die unter dem Namen der passive Widerstand jetzt organisiert wird. Die autonomen Behörden, also die Gemeinden und Municipien (die eine Art selbständige Kreisvertretung darstellen) haben feierlich beschloffen, ihre Mitwirkung dabei zu verweigern. Zwar die Uebnahme der Steuerzahlung können sie nicht ablehnen (denn zum Schlusse müssen die Steuer dem Publikum die Dienste leisten, zu denen sie berufen sind), aber sie weigern sich, die Steuern an die Staatskasse abzuführen, behalten die Gelder vielmehr in ihrem eigenen Depot. Auch lassen sich die einzelnen Beamten den Abzug ihrer Steuern nicht mehr gefallen, beziehen vielmehr auf unverfügbare Auszahlung ihres Gehaltes. Mit der Verweigerung der indirekten Steuern geht es natürlich schwerer, aber es ist bereits vorgekommen, daß verschiedene Ungarn statt der vorgeschriebenen Steuergebühren den Vermerk trugen: wegen des Ex-Leg-Zustandes wäre keine Taxe gezahlt! Bei den „freiwilligen“ Affentierungen (Rekrutenaushebungen) sind die Beschlässe noch nicht wirksam geworden. Es scheint sich noch nirgendwo jemand gemeldet zu haben, der bei Habsburg Dienste nehmen will.

Daß die Beschlässe an sich ungesetzlich sind, ist nebenbei natürlich ganz unerheblich. Sie widersprechen den Gesetzen über die autonome

Verwaltung, wonach die Gemeinden verpflichtet sind, die über-
nommenen Steuern abzuführen, und worin ihr Kontrollrecht über-
haupt reduziert wird, der Regierung gegen eine von ihr er-
lassene Verfügung Vorstellungen machen zu können. Die Berufung
aber auf den bekannten, in der einzigen Fejervary-Stellung gefassten
„Beschluss“ des Abgeordnetenhauses, welcher die Regierung Fejervary
als verfassungswidrig erklärte und ihr jede Regierungstätigkeit „ver-
bot“, ist ganz hinfällig; ein isolierter Beschluss des Abgeordnetenhauses
ist zur Abänderung positiver Rechte ganz unzulänglich und als
Rechtsquelle unzureichend. Ueberhaupt ist das Verhältnis zwischen
Parlament und Regierung eine Macht-, keine Rechtsfrage. Aber
darum kommt es eben an, ob die Regierung des Trabanten-Generals
die Macht hat, diesem Widerstand Einhalt zu tun. Baron Fejervary
versuchte es zuerst mit einem Erlaß an die Magistrat, worin er
ihnen in unheimlich pathetischer Weise das „Unverhältniß“ ihres
Tuns darlegte, und als sich die Pester Gemeinde den Ermahnungen
nicht genügt zeigte, ließ er durch den Minister des
Innern den betreffenden Beschluss annullieren. Aber der
amtierende Vizebürgermeister hat bereits erklärt, daß er die
Annullierung nicht anerkenne, und so steht die Regierung vor der
peinlichen Alternative, entweder zum Gelächter aller Zuschauer
zurückzuweichen, oder mit der Hauptstadt des Landes einen bösen
Konflikt auszufechten. Gesehmäßig steht ihr sogar das Recht der
Absetzung der widerspenstigen Gemeindevorstände zu — obwohl diese
erwählt, nicht ernannt werden —, aber zu solchen Gewaltmitteln
läßt sich eine Regierung nicht verstehen, die im Lande nicht den
geringsten Halt besitzt, jeder Autorität entbehrt und überhaupt darauf
wartet, entlassen zu werden. Wie wirksam aber jene Waffe in der
Praxis ist, zeigt die Tatsache, daß in der Zeit vom 1. bis 20. Juli
in den hauptstädtlichen Klassen an Steuern nur 74 500 Kronen ein-
gezahlt wurden, während die Steuereingänge in der gleichen Zeit
des vorigen Jahres die Summe von 829 215 Kronen erreicht hatten.
Da die Steuern von der Gemeinde nicht abgeführt werden, ziehen
die Steuerpflichtigen schon aus Mißtrauen gegen die Ehrlichkeit
der städtischen Beamten es vor, die Steuerzahlungen ganz zu unter-
lassen. Und welche Bedeutung es in einem Land wie Ungarn hat,
wo man Steuern traditionell lieber schuldig bleibt, als sie zahlt,
daß nun niemand gezwungen ist, seinen Verpflichtungen gegenüber
dem Staate nachzukommen, zeigt wieder die Tatsache, daß der letzte
einjährige Ez-Ver-Jahres (seit Währet er vom 1. Januar an) dem
Staate etwa 43 Millionen Kronen uneinbringliche Steuerrückstände
beschert hat. Die Folgen der ewigen Krisen laufen auf eine Ver-
wüstung des gesamten Staatsorganismus hinaus.

Deutsches Reich.

Monarchenfahrten. Die „Germania“ nimmt an, daß die
Kaiserzusammenkunft in Vödrlo von Bedeutung ist, leitet aber ihre
Betrachtung über die Zusammenkunft mit einem allgemeinen Urteil
über Monarchenfahrten ein, das wert ist, festgehalten zu werden.
Sie sagt nicht ohne Grund:

„Monarchenbegegnungen sind in den letzten anderthalb
Jahrzehnten etwas so „alltägliches“ geworden, daß man
es längst verlernt hat, ihnen eine mehr als ephemere
Bedeutung beizulegen. Als „epochemachende Ereignisse“
werden sie nur in dem Augenblicke gefeiert, in dem sie stattfinden;
wenige Wochen später sind sie so gut wie
vergessen. Hätten sie maßgebenden Einfluß auf den
Gang der Politik, so müßte ganz Europa längst ein einziges Volk
von Brüdern sein, während wir doch überall das Gegenteil sehen.
Man ist allmählich sogar zu der Ansicht gekommen, daß eigentlich
nur die Monarchenbegegnungen eine größere politische Bedeutung
hätten, die nicht stattfinden, und das scheint uns gar nicht so
weit von der Wahrheit zu fallen.“

Das ist nicht so „ehrerbietig“ gesprochen, wie es die patriotische
Zentrums-Prese sonst von anderen fordert! —

Ueber den Pflanzensprozess

Hat auch der Verdenerarzt Dr. P. J. J. Berlin in der „Berliner
klinischen Wochenschrift“ sich ausgesprochen. Aus seinen treffenden
Bemerkungen über einige Vorgänge des Prozesses und seinen
Reformvorschlägen heben wir nachstehend einiges hervor:

„Geradezu täglich erwies sich die Stellung des Arztes vor
Gericht gelegentlich eines Vorkommnisses, das der bekannte Ge-
werbehygieniker Professor S. erlebte. Dieser mußte es sich gefallen
lassen, daß die königliche Staatsanwaltschaft ihn in dreifacher Offenbar-
keit über seine Gutachterqualitäten befragte oder, besser gesagt,
inquirierte. Ein solches Inquisitionsverhör hielt der Gerichtshof für
zulässig, und dabei hat jeder Gerichtshof das Recht der freien Be-
weismittelung, kann also ein ärztliches Gutachten bewerten, wie
es ihm beliebt. Sollte die königliche Staatsanwaltschaft, der doch
jeder Informationsweg zu Gebote steht, wirklich keinen anderen
Zeitpunkt zur Information für geeignet gehalten haben, als den
Augenblick des persönlichen Eingreifens des Sachverständigen?
Wäre die königliche Staatsanwaltschaft nicht, wie peinlich es für
einen feinfühligsten Arzt, der vom Gesetz gezwungen wird, „un-
parteiisch und nach bestem Wissen und Gewissen“ sein Gutachten zu
erklären, sein muß, nun seine Verdienste einem allverehrten
Publikum vorzuführen? Daß schließlich ein anderer Sachverständiger
in öffentlicher Sitzung über die Gutachterqualitäten des er-
genannten auszusagen mußte, war nur eine Selbstanklage mehr in
diesem an Seltsamkeiten reichen Prozeß.“

Zu dem Seltsamen muß ich auch die neuartige Erfahrung
rechnen, daß ich den mit anerzogenen Leitsatz umwiderten mußte,
ein Arzt müsse stets die Untersuchung eines Kranken so einzurichten,
daß sie ihm nicht schade. Hier mußte ich aus dem Munde eines von
mir hochgeschätzten Sachverständigen die Äußerung vernehmen, die
Untersuchung des Gefangenen G. durch uns vier Sachverständige
müsse diesem schaden. Daß hierin ein offenkundiges Mißtrauens-
votum über die ärztlichen Qualitäten von vier Mißverständigen
ausgesprochen wurde, empfand dieser Sachverständige wohl erst nach-
träglich, als er das erklärende Erstaunen auf unseren Gesichtern
gewahrte. Allerdings behauptete er später, er hätte gesagt, „im
gegebenen Moment“. Mit diesem Passus wäre allerdings der
Sinn wesentlich verändert. Da wir alle aber diese Einschränkung
nicht gehört haben, da auch das Stenogramm die Worte nicht ent-
hielt, da endlich der Gerichtshof die notwendige Folgerung daraus
zog, die persönliche Untersuchung des Gefangenen G. und dauernd
zu verweigern, bleibt der Satz bestehen, es wisse ein Fachmann
nicht stets die Schädigung des Patienten bei der Untersuchung
zu vermeiden.

Was ich jetzt hier ausspreche, hat ein anderer Sachverständiger,
Dr. M., schon im Verlaufe des Prozesses in der „Med. Ref.“ getan.
Aber der fragliche Artikel den Prozeß gar nicht berührte, nur
die vorerwähnte Äußerung kritisierte, wurde der Verfasser für
besagten erklärt und entlassen. Es mag sein, daß Dr. M. die Ver-
öffentlichung besser nach Schluß des Prozesses hätte bringen sollen.
Deshalb aber ein hochgeschätzten Arzte derartige Vorwürfe zu
machen, wie es der Erste Staatsanwalt beliebte, geht doch nicht an.
Nicht verwunderlich war es daher, daß die Verteidigung nunmehr
in gleicher Weise gegen die vom Gericht geladenen Sachverständigen
vorging, deren Gutachterqualitäten befragte und sie als be-
fangen hinstellte. Jedenfalls waren es wieder Ärzte, die zur Ziel-
selbe für die freitenden Parteien sich hergeben mußten.

Wenn endlich der erstgenannte Sachverständige noch die Frage
ventilierte, ob ein im Gefängnis befindlicher geisteskranker Ver-
brecher dort verbleiben oder in die Irrenanstalt kommen solle, so
glaube ich in der Anschauung nicht fehlzugehen, daß Nervenzärzte
das nicht erst diskutieren sollen. Ein Geisteskranker ist nicht mehr
Objekt des Strafvollzuges, gehört also nicht in ein Gefängnis, in
dem unmöglich Behandlung und Gefängnisordnung vereinbar sind.

Was der Stellung eines Teils der ärztlichen Sachverständigen
ein ganz anderes Gepräge in dieser Prozeß verlieh, war die seltsame
Erfahrung, daß ihnen nicht wie sonst die Möglichkeit gegeben
wurde, das Fundament des von ihnen geforderten Gutachtens zu
festigen. Wohl ist es richtig, daß schon zu Beginn der Verhandlung
der Vorsitzende uns eröffnete, wir sollten aus dem Gang der Ver-
handlung das zur Erhaltung des Gutachtens wünschenswerte
Material gewinnen. Daß aber auch hier den Sachverständigen aus-
reichend Gelegenheit gegeben worden wäre, sich hinreichend zu in-
formieren, dürfte wohl keiner von uns nebenärztlichen Sach-
verständigen empfinden haben.

Ein sehr erfreuliches Ergebnis hat der Prozeß allerdings ge-
zeitigt, nämlich die Uebereinstimmung der psychiatrischen Gutachter.
Bekanntlich vertheilt das große Publikum absolut nicht, woher in
psychiatrischen Dingen Meinungsabergangen kommen, ja kommen
müssen. Das große Publikum weiß ja nicht, daß Mutter Natur
keine scharfe Grenze zwischen geistiger Gesundheit und geistiger
Krankheit gezogen hat, weit weniger nicht, daß das Gesetz und nur
diese Alternative läßt und es und anheimgibt, wie wir uns mit der
Rasse der Zwischenformen abfinden wollen. Daß hier die Ueber-
einstimmung der Gutachter so erfreulich war — Medizinalrat
König, Oberarzt Montemöller, Dr. Marzel stimmten vollkommen
überein, Medizinalrat Lepmann differierte nur wenig — lag vor-
nehmlich an der Einfachheit und Klarheit der bisher zur Beurteilung
gebotenen Fälle.

Ein Gewinn wird zweifellos aus diesem Prozeß erwachsen,
nämlich die Ueberzeugung, daß der Gefängnisarzt, wenn anders er
seine Obliegenheiten mit der wünschenswerten Gründlichkeit er-
füllen soll, nicht mit Weidert überlastet werden darf. Einer solchen
Last von Gefangenen, wie sie die Pflanzens- Gefängnisärzte täglich
zu untersuchen haben, kann auch der arbeitskräftigste und arbeits-
willigste Arzt nicht mit der wünschenswerten Gründ-
lichkeit gerecht werden. Am allerwenigsten kann so das Defizit
der Psychiatern auch nur annähernd erfüllt werden, daß jeder
Gefangene bei seinem Eintritt auf seinen
psychiatrischen Status geprüft werde, damit alarmierende
psychische Symptome rechtzeitig gewürdigt werden.

Der Gefängnisarzt in so verantwortlicher Stellung soll auch
nicht so häufig befordert werden, um seine Ergrünung durch die freie
ärztliche Praxis erweitern zu müssen. Der Gefängnisarzt soll aber
auch unabhängig in seinem ärztlichen Handeln sein und über
gründliche psychiatrische Kenntnisse verfügen. Erst dann wird er
seiner Aufgabe voll gerecht werden können.

Was in diesem Prozeße als Mangel offenbar wurde, erscheint
mir nur als Teilercheinung der Mängel, welche die, kaum begonnen,
schon steden geliebte Reform der gerichtlichen Medizin zur not-
wendigen Folge hat. Nur an wenigen unserer mit Recht ge-
priesenen Universitäten wird die gerichtliche Medizin von einem
Manne gelehrt, der durch Ausbildung und wissenschaftliche Leistungen
die volle Gewähr seiner Sachkunde bietet. Meist lehrt sie ein
pathologischer Anatom oder ein Chirurg oder gar ein Psychiater im
Rechtsfach, obgleich die gerichtliche Medizin ein Sondergebiet für
sich bildet. Ja, vereinzelt ist das Fach gar nicht vertreten. Und
doch müssen seine Vertreter, muß auch der gewöhnliche Arzt forensisch
entscheidend tätig sein, durch sein Urteil Menschenhefale
entscheidend beeinflussen. Deshalb radikale Reform! Erst dann werden
die scharfen, leider zu berechtigten Angriffe aufhören, wie sie von
autoritativer ärztlicher Seite gehäuft erfolgen, für die aber nicht
die Angegriffenen verantwortlich sind, sondern die Mängel des be-
zeitigen Systems.“

Künftiges Wahlergebnis für Oberbarnim. Bei der am 21. Juli
stattgehabten Reichstagswahl für den Wahlkreis 5 Oberbarnim
wurden insgesamt 16 330 gültige Stimmen abgegeben. Davon ent-
fielen auf Professor Pauli-Eberwalde (deutsche Reichspartei) 8738,
auf den Stadtverordneten Bernhard Bruns-Verlin (Soz.) 7592
Stimmen. Pauli ist somit gewählt.

Zur Begnadigung des Hänge-Beiers wird der „Weser-Stg.“ ge-
schrieben, daß sich einflußreiche Persönlichkeiten, auch Damen der
Hochgesellschaft, für die Rehabilitierung des mit Schimpf und Schande
aus seinem Amte gejagten ehemaligen Reichskommissars verwendet
hätten.

Bezeichnend für unsere Kolonialmoral ist es, daß sich außer der
„Frankf. Stg.“ nicht ein einziges bedeutenderes bürgerliches Blatt un-
verbüßelt über den Vorgang ausgesprochen hat! —

Opfer des Militarismus. Unter dem 25. Juli berichtet man uns
aus Halle: Von seinem Kameraden erschossen wurde am 14. Juni
auf dem Truppenübungsplatz in Altengrabow der Kürassier Delme
vom Schillregiment Nr. 7 in Halberstadt. Als Täter stand vor
dem Kriegsgericht der 8. Division der Kürassier Valentin
Schlodateci von demselben Regiment, der wegen un-
vorsichtiger Waffengebrauchs angeklagt war. Der Angeklagte
ist bereits 29 Jahre alt, verheiratet, Vater zweier
Kinder und als unsicherer Heerespflichtiger eingezogen worden.
Er gilt als beschränkt. Aus dem Affen wurde ver-
lesen, der Angeklagte ist vorbestraft — weil er in der
Instruktionsstunde einmal die Junge heraufgesteckt hat,
obwohl Stillstehen befohlen worden war. Nach einem Schützengesecht
war er bei dem Kommando: „Stopp, sichern, entlassen!“ mit dem
kleinen Finger dem Abzug zu nahe gekommen und hatte seinen
Vordermann mit einer Patrone aus einem Karabiner in den
Rücken geschossen. Der Angeklagte erhielt zwei Monate Gefängnis.
— Ist es wirklich so not, einem beschränkten, ungeschickten Manne
den Karabiner in die Hand zu geben? —

Endlich ein Dementi.

Die „Nordd. Allg. Stg.“ nimmt endlich das Wort zu den bereits
vor acht Tagen in den „Münchn. N. N.“ veröffentlichten Mitteilungen
über grobe Disziplinverstöße auf dem Kreuzer „Frauenlob“. Das
offizielle Blatt erklärt, daß Ausschreitungen nur insofern vor-
gekommen seien, daß in der Nacht vom 4./5. Juni einige kleinere
Gegenstände des Schiffsinventars über Bord geworfen und einige
andere beschädigt worden seien. Großer materieller Schaden sei
dadurch nicht entstanden. Sonstige Disziplinverstöße „von Be-
lang“ seien an Bord des Kreuzers nicht vorgekommen. Im
Wiederholungen solcher Vorkommnisse vorzubeugen, sei „Frauenlob“
während der Meier Woche nach der Neustädter Wucht strafverlegt worden.
Bei der Anwesenheit des Kaisers sei das Schiff nicht mehr im Hafen
gewesen, so daß auch die Geschichte von dem angeblichen Hissen eines
schmutzigen Lappens unrichtig sei. Es läge auch kein Grund für die
Annahme vor, daß die Strenge des Kommandanten die Ursache der
Sachbeschädigung gewesen sei. Die Verletzung des Kommandanten
sei ferner bereits vor diesen Vorkommnissen befallen gewesen und
bedeute keinerlei Mahregung oder Zurücksetzung.

Zur Frage der allgemeinen Disziplin in der Marine erklärt
schließlich das offizielle Blatt:

„Der Behauptung, daß die Manneszucht in unserer Marine
in beklagenswerter Weise abnehme, muß mit aller Entschiedenheit ent-
gegengetreten werden. Daß Ausschreitungen einzelner Vorkommen,
ist nicht zu vermeiden; aus ihnen läßt sich kein Schluß ziehen
auf den Geist des Ganzen. Schwerere Insubordinationen sind
überdies speziell bei der aktiven Schiffsflotte, zu welcher auch der
Kreuzer „Frauenlob“ gehört, neuerdings nicht öfter vorgekommen,
als in früheren Jahren. Die Strafflosigkeit beweist eher eine Ab-
nahme eine Zunahme gerichtlicher Untersuchungen, und sicher eine
Abnahme der verhängten schwereren Strafen.“

Von einer „beklagenswerten Abnahme“ der Disziplin ist in der
sozialdemokratischen Presse auch gar nicht die Rede gewesen. Sie
hat nur anlässlich verschiedener neuerlicher Vorkommnisse gegenüber
dem heuchlerischen Geize etlicher Bourgeoisblätter betont, daß es
auch in der deutschen Marine im Punkte der Disziplin nicht besser
und nicht schlechter bestellt sei, als in den Marinen anderer Nationen.
Jeder Kenner der Verhältnisse weiß aber, daß die Marinebeamten
insolge der Eigenartigkeit ihrer Dienstverhältnisse viel vorsichtiger
behandelt werden müssen, als die Landtruppen. Schon die gegen sie
verhängten Strafen wegen Vergehens gegen die Disziplin beweisen,

daß man bei ihnen einen ganz anderen, viel milderen und ver-
nünftigeren Maßstab anlegt. —

Die Wahl in Fürth-Erlangen.

Es wird uns aus dem Wahlkreis geschrieben:

Ueber ihren Sieg im Fürther Reichstags-Wahlkreis haben auch
die bürgerlichen Parteien, welche gemeinschaftlich einen Kandidaten
unterstützten, keine sonderliche Freude. Reizte ihnen der Ausfall
der Wahl doch, daß die Sozialdemokratie stetig von Wahl zu Wahl
zunimmt. Die bürgerlichen Wähler suchen nun den ihnen unan-
genehmen Fortschritt der sozialistischen Stimmengänge zu verlegen
und schreiben mit Beharrlichkeit gegen besseres Wissen die Zu-
nahme der Stimmen der Wahlkreise durch Zentrums-Wähler zu.
Von unserem Parteiblatt im Wahlkreise wurde dieser Annahme
von vornherein jede Berechtigung entzogen durch eingehende Wür-
digung der abgegebenen Wahlstimmen. Die bürgerlichen Zeitungen
ignorieren der bekannten Art aber diese Feststellungen. Sie
führen besonders zwei räumlich beisammenliegende Orte als Be-
weis für Zentrums-Wahlkreise an. In diesen zwei Orten erhielten
wir allerdings 64 Stimmen mehr als bei der Stichwahl vor zwei
Jahren und zweifellos sind diese Stimmen auch von Zentrums-
Wählern. Jedoch sind sie mehr als Protest gegen die unglaubliche
Verhöhnung der Wähler durch die bürgerlichen Agitatoren an-
zusehen. Am Abend vor der Wahl wurde eine sozialdemokratische
Wählerversammlung in einem dieser beiden Orte abgehalten, in der
sich auch ein ganzer Trupp jugendlicher Agitatoren und der
Kommis des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie,
Somoll, einfand. Kamentlich dieser Herr leistete sich das größte
Im Beschimpfen der Zentrums-Wähler. Provokierend und drohend
steckte er während seiner Ausführungen einen Revolver aus seiner
hinterer Hosentasche in eine Brusttasche. Er empörte die Ver-
sammelten in der Weise, daß die ganze Autorität des sozialdemo-
kratischen Leiters und des sozialdemokratischen Referenten der Ver-
sammlung ausgedehnt werden mußte, um ihn vor Täuschlichkeiten zu
schützen. Diesen Ungezogenheiten des reichsverbändlerischen
Agitatoren ist die Abgabe von Zentrumsstimmen für die Sozial-
demokratie zuzuschreiben. Ein liberales Blatt, die „Frankfurter
Nachrichten“, erkennen das auch an und schreiben:

„Begünstigt wurde hier (in den fraglichen zwei Orten) das
schwarze Parteiblatt durch einen Fehler unfersichts dadurch, daß
dort in letzter Stunde ein mit den Verhältnissen Unbekannter
wenig geschäft mandvertierte.“

Das Gros der bürgerlichen Blätter und allen voran das
Freiheitsorgan im Fürther Wahlkreise lassen die Tatsachen aber
vollständig unerwähnt.

Außerdem erhielt die Sozialdemokratie in neun anderen Wahl-
orten, wo Zentrumsstimmen abgegeben wurden, diesmal 107
Stimmen mehr als bei der Stichwahl, welche schließlich vom Zentrum
herrührend bezeichnet werden können, wenn man von einem Zu-
wachs aus der Partei heraus vollständig absehen will.

Dieser 11 Orten stehen 27 gegenüber, in welchen bei der letzten
Wahl zwar auch Stimmen für das Zentrum abgegeben wurden,
wo sich dieses aber das Zentrum der Stimmabgabe enthielt,
wenn es nicht für den freisinnigen Kandidaten gestimmt hat. Daß das
vorgekommen ist, dafür ist der Parteiführer Schnaittach ein
beredetes Zeugnis. In Schnaittach wurden bei der letzten Haupt-
wahl vor zwei Jahren für den freisinnigen 44, die Nationalliberalen 20,
das Zentrum 198 und die Sozialdemokratie 127 Stimmen ab-
gegeben. Bei der diesmaligen Wahl erhielt der freisinnige Kan-
didat 162 Stimmen gegen 115 bei der letzten Stichwahl; muß also
gegenüber dieser 47 und gegenüber der Hauptwahl mindestens 98
Stimmen vom Zentrum erhalten haben.

Den bürgerlichen Parteien steht es also bei solcher Unter-
stützung schlecht an, der Sozialdemokratie eine Unterstützung durch
das Zentrum vorzubehalten. Wie lächerlich es dabei ist, eine even-
tuelle Zuführung von 171 Stimmen bei einem Stimmengewinn
der Sozialdemokratie von 1598 gegenüber der Hauptwahl als be-
sonders schwerwiegende Unterstützung hinzustellen, kann jeder Leser
selbst beurteilen.

Ein Telegramm der Hbg.-Korrespondenz meldet vom 25. Juli
aus Fürth: Die Sozialdemokraten werden die Wahl Vorbeds in
Fürth-Erlangen neuerdings anfechten; sie behaupten, daß die gleichen
Unregelmäßigkeiten stattgefunden haben, dertwegen das Mandat
kassiert wurde.

Russische Gäste in Tlingtau.

Die „Allgem. Schlächter-Stg.“ veröffentlicht den Brief eines
ihrer Abonnenten in Tlingtau. In demselben heißt es:

„... da liegen hier im Hafen einige russische Kriegs-
schiffe, die sich vor den Japanern geflüchtet haben; die
russischen Soldaten sind schlimmer wie die
Chinesen; sie betrinken sich und pöbeln sich dann mit den
Chinesen im Säum herum — ein trauriger Anblick! Hoffent-
lich verlassen uns die Russen bald, das wäre für die
ganze Kolonie nur ein Vorteil.“

Husland.

Die deutsch-dänische Marineverbrüderung und der Hurrapatriotismus.

Wenn in Dänemark der Militarismus noch immer einen ziemlich
starken Einfluß hat, so ist das wesentlich dem Umstande zuzuschreiben,
daß man in Deutschland einen Nachbarn sieht, dem nicht recht zu
trauen ist. Um so mehr mußte es auffallen, daß die dänischen Hurra-
patrioten nun plötzlich diese Landesgefahr vergessen haben und ruhig
zusehen, wie die deutschen Kriegsschiffe die skandinavischen Gewässer
nach allen Richtungen durchkreuzen, ja, daß sie begeistert mit ein-
stimmen in den großen Verbrüderungsrummel, den deutsche und
dänische Marinebefehlshaber und Mannschaften in den letzten Tagen
in Kopenhagen gefeiert haben, gleich als wäre für die Dänen der
alte gefährliche Erbfeind plötzlich zum liebsten Außenfreund geworden.
Von allen bürgerlichen Blättern äußert nur das „Krisistigt
Dagblad“, ein Organ für eine Art von Christentum verbunden
mit Militarismus und Kapitalismus, seine schweren Bedenken gegen
den überaus liebenswürdigen Empfang der deutschen Kriegsschiffe. Es
schreibt:

„Die deutschen Offiziere haben hier gute Gelegenheit, sich durch
eigene Anschauung von dem Zustand der dänischen Flotte und der
dänischen Flotte zu überzeugen. Die deutschen Offiziere würden —
wohl zu merken: vom deutschen Standpunkte aus gesprochen —
geradezu ihre Pflicht als wachsame Offiziere im Dienst ihres Landes
verümen, wenn sie nicht derartige Aufklärungen heimbrächten.
Darum gebrauchen sie fleißig die Ferngläser und
Photographierapparate; darum haben sie unter Leitung
besingender Lotten genau den richtigen Kurs vom Norden nach
Kopenhagen anvisiert.“ — Das Blatt spricht dann ziemlich un-
verhohlen den Verdacht aus, daß die Reife von den deutschen
Schiffen tatsächlich zu Spionagemitteln ausgenutzt werde und kommt
zu dem Schluß, daß mit den dänischen Diplomaten von Kriegs-
schiffen nicht gegen die deutsche Flottenflotte auszurichten sei und
ein Druckmittel der anwesenden deutschen Schiffe der ganzen
dänischen Flottenflotte in einem Augenblicke den Garaus machen
könnte. Die letzte Hoffnung setzt das Blatt auf die Festung Kopen-
hagens. Es läßt sich aber sehr leicht nachweisen, daß auch diese
nicht im geringsten einer Grobmachtflotte gewachsen ist, und ein
Sachverständiger des früheren Marineeministers Jöhule hat das auch
bereits im letzten Winter nachgewiesen.

„Socialdemokraten“ bemerkt zu dem Verbrüderungs-
rummel unter anderem:

„International ist alles und sind alle in unseren Tagen: Königs-
familien, das Kriegswesen und das Kapital sowohl wie die Arbeiter-
bewegung, der Verkehr und die Wissenschaft. Konservative und Liberale
können nicht länger ein Patent auf das Rationalgefühl in
Anspruch nehmen, noch mit einer Spur von Recht die Sozialdemo-
kratie ihres Internationalismus wegen ausschließen. Sie sind ja in diesen
Tagen selbst international ohne Ende. Aber der Königs- und
Kriegs-Internationalismus, den wir in diesen Tagen aufkommen

sehen, ist nichts als eine Karikatur des guten und großen internationalen Gedankens. Es ist die Internationale des Unrechts, der Unterdrückung und Ausbeutung. Der Internationalismus, der die Sozialdemokratie trägt und von dem sie getragen wird, ist dagegen der des Friedens, der Freiheit und der Gerechtigkeit. Nimm die dänisch-deutsche Militärbrüderschaft dieser Tage den alten festungspatriotischen Phrasen den letzten Lebensrest, so macht sie sich nützlich. Dadurch wird immer weiteren Kreisen der Weg zum Verständnis der erhabenen, zugleich nationalen und internationalen Idee der Sozialdemokratie gebahnt."

Zum norwegisch-schwedischen Konflikt.

Nach einer Meldung aus Stockholm vom 25. Juli ist der Spezialausdruck des schwedischen Reichstags jetzt endlich mit seinem Vorbeschluss fertig geworden. In seinem Bericht, der, wie es heißt, auf einstimmigen Beschluss des Ausschusses abgefasst worden ist, wird dem Reichstag empfohlen, zu erklären, dass der Regierungsentwurf nicht in der vorliegenden Form angenommen werden könne. Der Reichstag soll ferner erklären, dass er nichts dagegen einzuwenden habe, die Verhandlungen über die Auflösung der Union anzunehmen, wenn ein neu-gewähltes Storting den Antrag auf Aufhebung der Reichsakte und Auflösung der Union stelle oder wenn es von norwegischer Seite verlangt werde, nachdem sich das norwegische Volk durch Volksabstimmung für die Auflösung der Union ausgesprochen habe. Es werden dann noch vier weitere Forderungen als Bedingung der Unionauflösung gestellt. Inwiefern die, dass ein neutrales Gebiet zwischen beiden Reichen geschaffen werde, wo die Festungswerke zerstört werden sollen und keine neue errichtet werden dürfen; zweitens wird eine Festlegung der Weidgerechtigkeit für die Rentiere der schwedischen Lappländer im nördlichen Norwegen verlangt, drittens eine Sicherung des Transitverkehrs gegen unbillige Erleichterungen, und schließlich wird verlangt, dass die Rechtsstellung Schwedens gegenüber dem Ausland klar gestellt werde, "so dass namentlich die vollständige Freiheit Schwedens von einer Verantwortlichkeit für Norwegen gegenüber anderen Staaten unzweifelhaft wird". — Diese letzte Forderung, die ja etwas Selbstverständliches in sich fasst und hier so klingt, als ob ein guter Vater sich von einem ungezogenen Kinde löst, ist offenbar auf eine von Norwegen missachteten Leuten gestellte Abicht zurückzuführen, wonach die Norweger, wenn sie nun nicht mehr der weisen Leitung der schwedischen Politik des Reiches unterliegen, in dieser Hinsicht leicht Dummheiten machen könnten. — Der Ausschuss hat dann auch insofern dem Verlangen der Kriegsheer Rechnung getragen, als er die Aufnahme einer Anleihe von 100 Millionen empfiehlt, die durch Reichstagsbeschluss für Veranlassungen verfügbar gemacht werden können, welche die Verhältnisse etwa erforderlich machen.

Der Bericht des Ausschusses schließt mit folgender Phrase, die stark an das erinnert, was man seit Ausbruch des Konflikts so oft in der schwedischen "vaterländischen" Presse gelesen hat und ebenso inhaltlos ist: "Mit Kraft und Bestimmtheit muß alles, was die Rücksicht auf die Wohlfahrt und Würde Schwedens fordert, als Bedingung der Aufhebung der Reichsakte durch Schweden und für Anerkennung Norwegens gefordert und festgehalten werden."

Am selben Tage, als der Bericht des Ausschusses erschienen ist, hat das schwedische Ministerium seine Entlassung eingereicht!

Serbien.

Die Skupstina-Wahlen.

Belgrad, 25. Juli. Amtlicher Meldung zufolge hatten die Wahlen zur Skupstina folgendes Ergebnis: 78 selbständige Radikale (Regierungspartei), 50 gemäßigte Radikale, 14 Nationalisten und Liberale, 4 Fortschrittler, 2 Sozialisten, 1 Bauernpartei. Am nächsten Sonntag finden in 11 Städten die nachträglichen Wahlen für die neue am 7. August zu eröffnende Skupstina statt.

Uffien.

Die holländische Kolonialhändler eröffnet. Bei Paré-Paré auf Celebes sticht der Kapitän der holländischen Truppen sich dadurch bedroht, daß sich die Eingeborenen mit Gewehren bewaffnet zeigen. Auch hatte man beobachtet, daß die Bonier Befestigungen auf den umliegenden Höhen errichtet hätten. Darum vertrieb man mit Hilfe der Artillerie des im Hafen liegenden kleinen Kreuzers "Affaban" die Eingeborenen von den Höhen, wobei diese 90 tote liegen ließen. Als das Gefecht im Gange war, wollte eine Truppe von 400 Boniern das Uvaan angreifen, das sie verlassen wähnte. Von dieser Truppe blieben 100 auf dem "Schlachtfelde".

Das ist der Anfang der Boni-Expedition. Der Fürst von Boni weigerte sich, das holländische Ultimatum anzunehmen. Darauf ist der erste Teil der Expeditionstruppen bei Dobjong Patiro gelandet und marschiert nach Botampene, das nicht weit von dem Hauptort Boni liegt.

Die Expeditionstruppen werden ungefähr 400 Mann stark sein.

Die russische Revolution.

Zum Heldentode Otrzejas.

Es wird uns geschrieben:

Seit 20 Jahren wurde in Warschau kein gerächliches Todesurteil vollstreckt. Am 29. Januar 1888 wurden die Mitglieder der ersten polnischen sozialistischen Organisation, die Genossen Kuntik, Bardowski, Ostrowski und Pietrusinski in der Warschauer Zitadelle durch den Strang erdrosselt. In der vorangegangenen Justizkomödie, die unter dem Namen "Prozess der Partei Proletariat" bekannt ist, hatte der Staatsanwalt ausgerufen: Ihr habt Wurzeln gefaßt, die wir auch mit Hänen nicht mehr austreiben werden.

Der Scherz hat Recht behalten. Nach 20 Jahren des unerbittlichen, opfervollen Kampfes ist die polnische Arbeiterbewegung zu einer gewaltigen Macht geworden.

Am Freitag wurde nun der neunzehnjährige Otrzeja erdrosselt. Otrzeja war Mitglied der revolutionären Kampforganisation („oddzial spiskowo-bojowy P. P. S.") der polnischen sozialistischen Partei.

Am 26. März hatte Otrzeja eine Bombe in die Polizeiwache in der Gorki-Praga geworfen, um den Zamarbeiter, den Oberpolizeimeister Rollen herbeizulocken. Auf den herbeizulockenden Rollen wurde sofort ein Bombenattentat ausgeführt, das mit der schweren Verwundung und der Flucht Rollens aus Warschau endete. Der zweite Bombenwerfer konnte sich rechtzeitig entfernen.

Am Tage des Prozesses haben die Genossen versucht, Otrzeja loszuschlagen, was leider mißlang. Zwei Genossen, die mit Bomben in der Hand auf der Straße waren, wurden verhaftet.

Als der Generalgouverneur Malymowicz das Todesurteil gegen den 19-jährigen bestätigte, wurde ihm nahegelegt, die kaiserliche Gnade anzunehmen. "Ich will keine zarische Gnade" — erwiderte Otrzeja — "mit meinem Tode werde ich unserer Sache mehr dienen, als durch ungeschickte Agitation."

Die Exekution selbst schildert der Korrespondent der bürgerlich-demokratischen "Kiewa Reforma" in folgender Weise:

Warschau, 21. Juli.

Die zarische Antwort auf das telegraphische Gnadengesuch der Mutter — ist gar nicht eingetroffen. . . . Man erwartete sie die ganze Nacht. . . . Umsonst. Um halb sechs Uhr früh wurde an die Wache von Otrzeja angeknüpft — mit der Aufforderung zum Galgen. Er war ruhig, ernst, beherrschte sich vollständig, imponierte selbst den Schergen. Langsam trat er heraus, Gendarmen voran. Hinter ihm eine Abteilung Infanterie.

Pünktlich um 6 Uhr stand der Zug an dem hinteren Hof der Zitadelle. Hier, am Ort der Exekution, warteten unter dem Galgen

der kaiserliche Gefängnisgeistliche, eine Gruppe von Beamten, die Delegierten der Gendarmenrie und — ich weiß nicht mit welchem Recht — der Pöbel.

Nach kurzer Unterredung mit dem Geistlichen unter vier Augen — Otrzeja beichtete nicht — legnete ihn der Geistliche, als er zur Hinrichtung schritt, mit dem Zeichen des heiligen Kreuzes.

Im Anschritt der Henker mit maskiertem Gesicht mit zwei Helfern heran. Töbliche Stille trat ein. Man hörte das Anknäuen der Bretter unter den schmerzlichen Schreien der Henker.

Da überströmten die Sonnenstrahlen die Grabesgrube mit Licht. . . . Einen Augenblick lang hörte man nur das Zwitschern der Spatzen, das plötzliche durch die feste, vernehmbar Stimme des Opfers vom Galgen unterbrochen wurde:

"Hoch der Sozialismus! Wieder mit dem Zar!"

Das waren die letzten Worte des zum Tode entschlossenen 19-jährigen Stefan Otrzeja.

Aber wenn auch der Trommelwirbel erschalle, wenn auch der Kopf am Strang hing — in dem Augenblicke, als die Helfer das Opfer an den Weinen zogen — riß der Strang. . . .

Sie können nicht einmal hängen. . . . So hat sich die Regierung veranlagt selbst in dem einzigen Handwerk, in dem sie sich auszeichnete.

Nach wurde der "Fehler" ausgebessert. Diesmal gelang es. . . . Alles war in Ordnung.

Die Gewalt feierte den Paradesieg über die Idee, die um so freier sich ausbreiten und in den Massen reifen wird.

Otrzeja fürchtete den Tod nicht. Denkwürdig sind seine Worte, als man den schwer Verwundeten verhörete. Da sagte er: Mein Name, Herkunft, Stand haben mit meiner Tat nichts Gemeinsames. Ich habe die Tat mit vollem Bewußtsein und im starken Glauben an den Sieg unserer Sache vollzogen. Weder die Katorga noch der Tod schrecken mich."

Bei der Exekution war keiner seiner Angehörigen zugegen. Selbst seinen Rechtsanwalt, dessen Anwesenheit Otrzeja gewünscht hatte, hat man nicht benachrichtigt, ebensowenig die Eltern, selbst die Mutter nicht, die den Jaren telegraphisch um Gnade gebeten hatte und 48 Stunden lang in Qualen und Schmerzen der Antwort harrete.

Erst heute, 18 Stunden nach der Vollstreckung, um 7 Uhr abends soll sie jemand aus der Partei privatim benachrichtigt haben. Die Worte wollten ihm aus der Kehle nicht heraus. Denn sie sprach noch vom Sohne als von einem Lebenden, sie wartete noch immer auf die Antwort auf das Telegramm.

Schließlich sagte man es ihr. Die einfache Frau, wie von einer Vorahnung geleitet, sties schwarz geliebet ging, ergriff den Schlag in spontanischer Weise. Nur zwei große Tränen, die an den Wangen herabgleiteten, zeugten von dem großen Seelenquers.

Und die Leiche werden sie nicht herausgeben. . . . Da schwieg sie für einen Augenblick, dann fügte sie hinzu: Wie jammert es mich, daß ich mich entgegen seinem Wunsch an die Gnade des Kaisers gewandt habe.

Die Gnade konnte nicht kommen — die Hand Trepowos, die das Telegramm nicht zu, dieselbe Hand, die dem Generalgouverneur Malymowicz, dem fürchtamen Kavaliere, befahl, das Urteil zu bestätigen und eigenhändig dazuzuschreiben, daß die vom Kriegsgericht hervorgehobenen mildernden Umstände keine Verlichthigung verdienen. Das Kriegsgericht erhielt "für sein weiches Herz" einen längeren Tadelstich.

Das Urteil des Kriegsgerichts lautete auf Tod durch den Strang, endete aber unter Verlichthigung der mildernden Umstände mit dem Antrage, die Strafe um zwei Stufen herabzumildern, d. h. auf 20 Jahre Zwangsarbeit. . . .

Ein Aufruf der sozialdemokratischen Arbeiter.

Der "Wost. Bn." wird folgender Aufruf übermittelt, der in Petersburg in 10 000 Exemplaren verteilt wurde und an die Adresse der liberalen Semstwoleute gerichtet ist:

Bürger! Vertreter der Semstwo und der Städte! Wir werden Euch nicht reden von der schrecklichen Lage unseres Vaterlandes, nicht von der großen Verantwortung, die auf allen ehrenhaften Bürgern liegt — das muß Euch alles klar sein! Wir wollen Euch lediglich im Angesichte des ganzen Volkes sagen, worin wir die Rettung Rußlands erblicken. Wir wollen Euch mit unserem Aufruf lediglich aufzuklären, vor dem ganzen Volke klare und wohlverstandene Forderungen zu stellen und auf den Weg entschlossenen Handelns einzulassen. Die Vernichtung der russischen Flotte und die darauf folgenden Schredenstage von Lody, Warschau und Odesa haben vor Euch die Frage der Zukunft Rußlands in unabwiesbar dringlicher Form aufgerollt.

Wie habt Ihr nun die Frage gelöst?

Die Konstitutionalisten der Semstwo, d. h. die Gegner der Autokratie, verbunden sich auf der Versammlung zu Moskau mit den Slawophilen, d. h. mit Anhängern der Autokratie, und sie sind zusammen zum Jaren gegangen, um sich über die Bureaucratie zu beklagen. In Eurer Adresse geht Ihr dem Jaren die Hoffnung, der jetzige unsmige, ziellose, verbrecherische und schimpfliche Krieg könne in einen Volkskrieg umgewandelt werden, und Euer Wortführer, Fürst Trubezkoi, sagte in seiner Rede zu Peterhof, das Volk glaube an den Jaren und wolle seine Regierungsgewalt festigen. Wir protestieren ganz energisch gegen diesen Mißbrauch des Namens Volk! Wir Arbeiter gemeinsam mit dem ganzen selbstbewußten Volk kämpfen nicht nur gegen das Tschinowitium, sondern gegen die zarisch-bureaucratische Autokratie. Wir fordern nicht die Festigung der Rechte des Jaren, sondern die Verleumdung der Rechte des Volkes.

Bürger! Wo Hunderttausende und Millionen für ein besseres Dasein kämpfen, wo alle finsternen und blinden Kräfte vereint sind zur Unterjodung des Volkes, da können einige wenige, in den Rouen des Jarenhofes gesprochene, schmeichele Worte nicht helfen. Was geschah nach dem 6. Juni? Von den Januar Tagen in Petersburg sind wir zu den Juni Tagen in Odesa, vom "verstärkten Schutz" zum Kriegszustande, von hundert zu tausend Toten, von der Polizeimilitär zur Militär gekommen und von den Schreden des Kampfes von Tschinowitium schreien wir zu weiterem Unglück bei Garbin! Was nun weiter? Zur selben Zeit, da das Blut der Arbeiter vergossen wird, arbeitet die zarische Regierung ein Wahlgeseß für die bemittelten Klassen aus. Das geschieht in der Hoffnung auf Euer Hilfe. Ihr Bürger der Semstwo und der Städte, um die Selbstherrlichkeit zu stärken und um den Krieg der Tschinowitium in einen Volkskrieg zu verwandeln!

Wir Arbeiter verbinden mit diesem dummdreisten Hirngespinn der Regierung nichts anzufangen. Die Staatsduma ist nicht für, sondern gegen uns bestimmt. Vor dem Proletariat und vor den armen Klassen ist sie wie durch eine Steinmauer geschützt durch den hohen Vermögens-Zensus.

Aber auch der Vertreter des Landes und Kapitals räumt die Duma nur das bedauernde Los des fünften Rades am Wagen ein, das die allmächtige Bureaucratie nur so lange miterschleift, wie es ihr gefällt. Die Teilnahme an den Wahlen heißt darum nichts anderes als Anerkennung der Macht der zarischen Regierung, heißt feige Vererbung des Volkes um sein Wahlrecht, heißt offen ins Lager der zarischen Regierung übergehen.

Wir Arbeiter verfluchen feierlich, daß wir jeden als einen Feind des Volkes kennzeichnen werden, der an der schimpflichen Komödie der Wahlen in die Duma teilnehmen wird.

Bürger! Vertreter der Semstwo und der Städte! Die Forderungen, die auf die Bahne aller Feinde der Selbstherrlichkeit geschrieben sein müssen, lauten: sofortige Beendigung des Krieges und Einberufung einer konstituierenden Versammlung. Wir Arbeiter dulden keinerlei Wahlzensus, sei es nach Klassen, Vermögen, Bildung, Nationalität oder Wohnort, und zwar weil jeder Mensch in erster Linie sich gegen richtet. Alle Bürger, die das zwanzigste Lebensjahr vollendet haben, ohne Unterschied des Geschlechts müssen vollberechtigt sein. Wir dulden keine Stufenwahl, weil solche die Wahlfreiheit des Stimmentaus gibt. Wir fordern direkte Wahlen. Wir dulden keine öffent-

liche Wahl, weil diese die Bewegungsfreiheit der abhängigen Klassen behindert. Wir fordern geheime Wahlen. Die Wahlen für die konstituierende Versammlung können gerechterweise nur dann vor sich gehen, wenn alle wegen politischer Vergehen eingekerkerte Personen in Freiheit gesetzt werden, bei verbürgter Freigabe, Versammlungs-, Vereins- und Ausstandsfreiheit. Doch solche Rechte kann kein kaiserliches Versprechen, kein kaiserlicher Befehl geben. Sie können lediglich mit bewaffneter Hand durch die Bürger selbst erkämpft werden. Wir Arbeiter sind überzeugt, daß lediglich eine Miliz, d. h. die bewaffnete Bürgerschaft, in der Lage sein wird, alle Veruche der Reaktion, in die alte Bahn einzulassen, siegreich zurückzuschlagen. Nur eine Volkswehr wird in der Lage sein, all die Ueberfälle durch die Soldaten, Polizei und "schwarze Orden" abzuschlagen. Es ist daher Pflicht der Semstwo- und der Städteverwaltungen, sofort eine Volkswehr zu bilden. Jeder, der es wünscht, hat auf Kosten der Gesellschaft Waffen zu bekommen. Die Waffen hält jeder einzelne bei sich zu Hause. Die Ausbildung hat durch besonders gewählte Personen zu geschehen. Wir Arbeiter aber werden die ersten sein, die zu den Waffen greifen. Die zarische Regierung wird freiwillig wieder eine Miliz noch eine konstituierende Versammlung zulassen, denn das hieße für den Jaren, seinen Herrscherthron zu entsagen. Darum, Ihr Semstwo- und Städtevertreter, gilt es, den Weg des Kampfes betreten; wenn Ihr unsere Forderungen annehmt, heißt das, alle Verbindungen mit der Regierung abbrechen und ihr den Krieg erklären. Nachdem Ihr aber die demokratische Lösung zu der Euren gemacht habt, seid Ihr verpflichtet, so zu handeln, wie wir es von Euch hiermit fordern.

Unsere Aufgabe ist der bewaffnete Aufruf! Wir wollen das alte System mit der Wurzel austrotten. Nun sagt uns, mit wem Ihr gehen wollt? Mit dem Jaren oder gegen ihn? Bedenkt aber bei Eurer Entschluß, Bürger, daß heute jeder, der nicht für das Volk einsteht, ein Feind des Volkes ist.

gez.: St. Petersburger Gruppe der russischen sozialdemokratischen Partei.

Die Kosaken im Aufbruch.

Aus Kotowitscherlaß wird über Petersburg gemeldet: In sechs Donischen Kosakenregimentern, deren Mobilisation soeben beendet ist, herrscht großer Aufruhr. Sie weigern sich, Polizeidienste im Innern des Reiches zu leisten, was sie als eine des Soldaten unwürdige Schmach hinstellen. Eines jener Regimentern, das in voller Kriegsausrüstung und in vollem Bestande zusammengetreten war, sandte dem Kosaken-Ataman ein Telegramm, worin Offiziere wie Mannschaften den Dienst im Innern des Reiches ablehnen, dagegen sich bereit erklären, ihr Leben im Kriege im fernen Osten jederzeit in die Schanze zu schlagen. Das Telegramm wurde sofort dem Kriegsminister überhandt, der den Befehl erteilte, die Ruße im Regiment unverzüglich wiederherzustellen.

Rußland in Geldnöten.

Aus dem letzten Ausweis der russischen Staatsbank ist ersichtlich, daß Rußland sich schon in allerhöchster Zeit neue Geldquellen verschaffen muß, um peinlichen Zwischenfällen vorzubeugen. So betrug am 14. Juni 1904 der Kassenbestand 281,4 Millionen Rubel und am 14. Juni 1905 nur noch 89,5 Millionen Rubel. Es ist klar, daß dieses Geld bei den jetzigen Monatsausgaben von über 100 Millionen Rubel und dem hohen Wert des im Umlauf sich befindlichen Papiergeldes von ganz geringer Bedeutung ist. Infolgedessen findet jetzt zwischen dem Finanzminister Kowlowitz und den hervorragenden Vertretern der Bankwelt Rußlands und des Auslandes ein lebhafter Meinungsaustausch statt, um das für Rußland so nötige Geld zu beschaffen.

Unruhen.

Warschau, 25. Juli. In Grodzisko sind erste Arbeiterunruhen ausgebrochen. Militär ist deshalb nach dort abgegangen.

Tiflis, 25. Juli. Der Polizeiwachmeister Kowalew wurde heute früh auf der Straße durch eine gegen ihn gefeuerte Bombe schwer verletzt. Zwei an dem Ueberfall beteiligte Personen wurden verhaftet.

Warschau, 25. Juli. In der hiesigen Zitadelle sind neuerdings fünf Deserteur handrechtlich erschossen worden.

Nach Meldungen des "L.-A." ist in Warschau am Montag ein Geheimagent durch Messerferse getötet worden. Fast gleichzeitig fielen in Lodz ein Schutzmantel, in Kalisz ein Polizist und in Sosnowice ein Detektiv Agenten zum Opfer.

Nach einer Meldung aus Lodz wurde in einem Hause an der Kamiennastraße eine Bombenfabrik entdeckt. Außer rohem Material zu deren Herstellung fand man vier Kisten mit Proklamationen an das Lodzger Militär und eine Liste von einigen zwanzig Führern der Lodzger Sozialisten und Anarchisten. Die Inhaber der Wohnung sowie die auf der Liste verzeichneten Personen wurden verhaftet.

Kongressverbot.

Warschau, 25. Juli. Trotz Intervention hochgestellter Persönlichkeiten hält der Generalgouverneur das Verbot der Abhaltung des nach hier einberufenen landwirtschaftlichen Kongresses aufrecht.

Aus der Partei.

Die Kfäre Kautsky kontra "Vorwärts".

Unser Bohumer Parteiblatt nimmt ebenfalls zu dem Zwischenfall Stellung, ist jedoch anderer Meinung darüber als die "Schwäbische Tagwacht"; es schreibt nämlich:

In der "Neuen Zeit" veröffentlicht Genosse Kautsky eine Artikelserie unter der Ueberschrift "Die Folgen des japanischen Sieges und die Sozialdemokratie". Darin behauptet er sich auch mit dem "Vorwärts" als Zentralorgan bezügl. dessen Haltung in auftauchenden taktischen Fragen. Die Besprechung, die der "Vorwärts" dem Wuche der Genossen Roland Holst über den politischen Massenstreik widmete, veranlaßt den Genossen Kautsky zu einer scharfen Polemik gegen den "Vorwärts", die aber leider die Grenzen der Sachlichkeit überschreitet und einen Ton anschlägt, der sich in der wissenschaftlichen Redue der deutschen Sozialdemokratie durchaus nicht breit machen darf. Wenn in unserer Tagespresse die einzelnen Wendungen beim Austrag von Meinungsverschiedenheiten nicht immer auf die Waagschale gelegt werden, so ist das bei der Eile, mit der die Tagesblätter hergestellt werden, wenn auch nicht zu entschuldigen, so doch zu begreifen. Aber in der "Neuen Zeit" können und müssen Ausfälle verletzender Natur vermieden werden.

Nachdem dann das Bochumer "Vollblut" ein längeres Blatt aus Kautskys Artikel gebracht hat, fährt es fort:

Der "Vorwärts" hat bisher stets jede Auseinandersetzung mit Parteigenossen oder Parteiorganen sachlich, unter Vermeidung alles persönlichen Verlegenden geführt. Aber man darf sich nicht wundern, wenn der "Vorwärts" auf die Angriffe Kautskys in verdienter Weise antwortet. . . .

Das "Vollblut" gibt nun den Schluß des "Vorwärts"-Artikels gegen Kautsky wieder und sagt:

Diese Antwort ist scharf, aber sie ist probiert. Wir sagen uns, die Interessen der Partei werden nicht gewahrt, wenn Fragen der Taktik in einer solchen Weise, wie es die "Neue Zeit" beliebt, ausgetragen werden. Wenn ein Genosse, und sei es auch im Zentralorgan, in einer taktischen Frage eine Meinung vertritt, mit der er allein steht oder in der Minderheit bleibt, so ist er doch noch kein unfähiger Mensch mit loslöschlichen Anschauungen, sondern immer noch ein Genosse, der mit den anderen das Beste der Partei will und dafür kämpft. Es ist in der letzten Zeit ja in einem Teil unserer Parteipresse üblich geworden, in ziemlich untergeordneten Fragen gegen den "Vorwärts" in einer Weise zu polemisieren, daß man glauben könnte, es liege System in diesen Angriffen. Ueber

Die Haltung des „Vorwärts“ zu reden, darüber zu urteilen, ob er seine Stellung als Zentralorgan ausfüllt oder diese Stellung verkennt, ist Zeit auf dem Parteitag. Wenn dennoch Meinungsverschiedenheiten ausgetragen werden sollen, so mag es in einer Form geschehen, wie es sich gebührt.

Die gegenwärtige Presse greift mit großem Gaudium die Auseinandersetzungen zwischen Kautsky und dem „Vorwärts“ auf und stellt sie in abgedachter Weise ihren Lesern als eine Schlagerei, ein Präliminam zu Jena dar. Wir fragen durchaus nichts danach, was unsere Gegner über uns denken, aber wir haben nicht nötig, sie zu unterhalten in der Weise, wie es durch zwei führende Organe unserer Partei geschieht, von denen der „Vorwärts“, wir betonen das nochmals, der provokierte Teil ist. Damit imponieren wir dem Gegner nicht.

Die „Sächs. Arbeiterztg.“ kündigt eine sachliche Stellungnahme an und sagt vorläufig nur:

„Sehr höflich ist nun allerdings Genosse Kautsky nicht gewesen. Daß er aber eine „unmögliche“ Form gewählt habe, ist schwer einzusehen. Es ist eine sachliche Kritik der Vorwärtsartikels, die freilich mit derben Ausdrücken nicht spart. Von persönlichen Invektiven aber ist nichts darin und deshalb tut der „Vorwärts“ unrecht, sich überempfindlich zu zeigen. Scharfe Kritik muß sich jedes Parteiblatt gefallen lassen.“

Die Dortmunder „Arbeiterztg.“ schneidet ein Stück aus der Affäre zwecks besonderer Betrachtung aus und schreibt:

„Auf die Materie der Polemik selbst werden wir noch zurückkommen; heute schon aber möchten wir ausdrücklich konstatieren, daß die Zustände in unserem Zentralorgan unheimlich zu werden anfangen. Wir sagen das ohne jede persönliche Animosität gegen die Rechts oder auch der (aber gar nicht goldenen!) Mittellinie stehenden Mitglieder der „Vorwärts“-Redaktion, die wir als tüchtige Journalisten und gute Parteigenossen wohl zu schätzen wissen; aber es geht einfach auf die Dauer nicht, daß der „Vorwärts“-redaktionell eine Richtung vertritt, die von drei wichtigen Mitgliedern seiner Redaktion nicht nur nicht geteilt, sondern im Interesse der Partei öffentlich bekämpft wird. Da muß endlich einmal Wandel geschaffen werden — so oder so. Das Zentralorgan der Partei muß einheitlich und konsequent geleitet sein; die Differenzen innerhalb seiner Redaktion lähmen die Schlagkraft des Blattes und der Partei selbst. Solange der „Vorwärts“ Zentralorgan der Partei ist und ihr fähiges Blatt sein soll, hat die Gesamtpartei die Pflicht, dafür zu sorgen, daß er zielbewußt, ohne Seitensprünge die alte prinzipiell-revolutionäre Taktik der Partei vertritt.“

In dieser Beziehung sind sich übrigens rechts und links die Dortmunder „Arbeiterztg.“ und das „Düssener Volksblatt“, bis zu einem gewissen Grade einig. Unser Düssener Parteiblatt meint:

„In der „V. W.“ ist immer für eine homogene (gleichartige) Redaktion gesorgt worden. Im „Vorwärts“ ward darauf weniger Gewicht gelegt. Schon sind die Folgen davon aber nicht. Eine Zeitung braucht unbedingt eine einheitliche Redaktion.“

Die Elberfelder „Freie Presse“ berichtet von der „Enttüllung“ eines bürgerlichen Telegraphen-Bureaus. Dasselbe behauptet:

„Drei der sieben Redakteure werden von den übrigen vier nicht mehr in die Beschlüsse der Redaktion eingeweiht und sind, wenn sie die Erklärungen der Redaktion zu wichtigen parteiinternen Fragen im „Vorwärts“ abgedruckt lesen, nachher zu Gegenerklärungen genötigt.“

Davon ist nur richtig, daß zurzeit sieben Redakteure den „Vorwärts“ herstellen. Das dürfte einer der Herren ausgezählt haben, die für acht Groschen den „Vorwärts“-Eingang so sorgfältig überwachen. Das übrige ist eine Kombination und dazu eine falsche!

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die Arbeiterschaft Berlins und der Vororte!

Von 2400 in Betracht kommenden Geschäften haben 960, welche 810 Gehälften beschäftigen, die Forderungen der Preisurgehälften anerkannt. Die Forderungen sind so minimal, daß eine Ablehnung derselben sowie das energische Auftreten des Innungs-Vorstandes gegen dieselben unverständlich bleibt. Der Vorstand der Innung versucht auch nach wie vor, seine Mitglieder zum Zurückziehen der einmal gegebenen Unterschrift zu bewegen. Bis jetzt allerdings mit wenig Erfolg. Wo gütliches Zureden nicht hilft, werden Geldstrafen bis zu 20 M. festgesetzt und es folgt Ausschluss aus der Innung. Es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, daß diese Strafen und Ausschlüsse nicht zu Recht bestehen. Da man andererseits unter Hinweis auf die Zugehörigkeit zur Partei den Glauben zu erwecken versucht, daß man arbeitertreulich sei und aus diesem Grunde heraus schon die Forderungen bewilligt habe, ist es für die Arbeiter oft dringender notwendig, sich nicht täuschen zu lassen. Nur dort, wo die Erkennungszeichen vorhanden sind und die Kontrollkarten sichtbar am Spiegel stehen, sind die Forderungen der Gehälften bewilligt. Achtet darauf, daß diese vorhanden. Nur so ist Gewähr gegeben, nicht von Arbeitwilligen bedient zu werden. Hoch die Solidarität!

Die Lohnkommission der Preisurgehälften.

Eine Zahlstelle ohne Verwaltung nannten wir in unserer Sonntagsnummer die Filiale I des Verbandes der Lederarbeiter (Weißgerber, Färber), die in ihrer letzten Versammlung den Beschluß gefaßt hatte, daß sämtliche Funktionäre ihre Ämter niederlegen. Hierzu teilt uns der Verbandsvorsitzende Wähler mit, daß die für den Beschluß angegebenen Motive vollkommen unbegründet sind. Was insbesondere die Zurückweisung von Artikeln fürs Verbandsblatt betrifft, so sei dieselbe erfolgt, weil persönliche Beleidigungen darin enthalten waren. Dieses Verfahren habe auch die Preisurkommission gebilligt.

Deutsches Reich.

Saarabien II.

Ueber den Streik der „Königlichen Vergleute“ schreibt man uns noch:

Hannover, 25. Juli.

Die gewählte Kommission war am Freitagabend um 8 Uhr bestellt. Vorher aber hatte der Verghauptmann Detten (nicht Welten, wie es in einem früheren Bericht heißt) die Anknüpfungsaltesten und die Vertrauensmänner — d. i. der Arbeiterausschuss — zusammenberufen und hinter verschlossenen Türen mit diesen verhandelt. Dann empfing er die aus 16 Personen bestehende gewählte Kommission im Beisein der Streiker und sonstigen Beamten! Dieser sagte er, daß die Kellerten und Vertrauensmänner keinen Grund zum Streiken vorgebracht hätten. Hier am Deister würden gute Löhne gezahlt! Dabei ergibt die amtliche Zusammenstellung, daß im Oberbergamtsbezirk Alauenthal für die Kohlenbergleute die allerhöchsten Löhne in ganz Deutschland gezahlt werden, schlechter als in Oberschlesien, schlechter als im Mansfelder Bezirk und bedeutend schlechter — das will gewiß etwas sagen — als in Saarabien! Trotzdem ist kein Grund zum Streiken da!

Einem Hauer sind, wie in der Streikerversammlung vorgebracht, 2,50 M. Strafe auferlegt, weil er, was er entschieden bestritt, betrunken gewesen sein soll, und ferner 1,50 M. — also 4 M. im Monat — Strafe vom Lohne abgezogen, weil er sich weigerte, an einem Sonntage Arbeit zu machen! Das ist der Musterbetrieb in Saarabien II! Sozialer Staat!

Furchtbar wurden der Verödung die Zustände im Vergleutetrieb vor Augen geführt. An demselben Sonntage, an dem die drei

Versammlungen tagten, begrub man einen Maschinenarbeiter, der im Betriebe des königlichen Vergleutes verunglückte und an den Folgen des Unfalls kurz darauf gestorben ist. Ergreifend war der Leichenzug, mehrere hundert Vergleute gaben ihrem Kameraden das letzte Geleit, auch der Vergleut- und Vergleutinspektor waren im Zuge. Sie gaben einem Arbeiter das Geleit, der auf dem Schlachtfelde der Staatsarbeit sein Leben verloren, — die Kameraden dieses Vergleutes müssen streifen um ein menschenwürdiges Dasein! — Zuletzt mag noch erwähnt sein, daß das in Barfinghausen erscheinende Lokalblatt, die „Deister und Leinzeitung“, bis zum Sonntag auch noch nicht ein Sterbenswörtchen über den Streik, nicht einmal dessen Tatsache berichtet hat. Dabei ist der Streik das bedeutendste Ereignis, was in Barfinghausen seit Menschengedenken zu verzeichnen ist. Das spricht Bände! So weit reicht also der Einfluß des Vergleutes, daß er die öffentliche Meinung macht und eine Presse kommandiert. Nun erst kann man die entsetzliche Lage der königlichen Vergleute und deren Abhängigkeit in allen Dimensionen ermessen. Das sind echt saarabische Zustände.

Die in den Versammlungen am Sonntag gewählte bezw. beständige Kommission war am Montag bei der Vergleutverwaltung vorgestellt worden und hatte eine dreistündige Verhandlung. Alle Forderungen, die auf den Lohn Bezug haben, wurden von vornherein abgelehnt. Der Vergleut meinte, die Verhandlung der Arbeiter könne eine so schlechte als behauptet gar nicht sein, denn sonst müßten die Beamten die reinen Antiere geworden sein. Die Strafen seien nicht so schlimm; es könne sich ja im übrigen jeder beschweren. Die beantragte Regelung der Seilschaft ließe sich bewerkstelligen, es könnte dann die Maschine zehn Minuten später in Betrieb genommen werden. Das waren keine Zugeständnisse, mit denen sich die Arbeiter zufriedengeben konnten. Im Gegenteil. Die Vergleutdirektion hat noch neuen Mühsalstoff zusammengetragen und die Erbitterung der Streikenden noch gesteigert. Am vorigen Freitag sagte man der Kommission, sie hätte keinen Auftrag, sei also gar nicht berechtigt, im Namen der Vergleuter zu sprechen. Deshalb wurde der Kommission in den Versammlungen am Sonntag der Auftrag ausdrücklich gegeben. Nun hatte die Direktion bekannt gemacht, wer am Montag nicht wieder anfabre, solle sich als gekündigt betrachten. Um 10 Uhr vormittags am Montag erschien nun die Kommission in Gemeinschaft mit den Kellerten und dem Arbeiterausschuss. Der Vergleut sah sich die Kommissionsmitglieder an und sofort wurden von ihm zehn Mann zurückgewiesen; er erklärte, diese zehn Mann gehören zur Frühlicht, sie seien nicht angefahren und deshalb entlassen! Mit Leuten, die abgeteilt seien, könne und wolle er nicht unterhandeln! Also mit Nachregelung der Vertrauensmänner antwortet hier der soziale Staat ebenso wie das private Scharfmachertum! Um die Arbeiter dem Einfluß des Vergleuter-Verbandes zu entziehen, findet nun am Mittwoch im Jechensaal eine Versammlung statt, zu der „Fremde“ keinen Zutritt haben. Es wird sich dann zeigen, ob es dem Vergleut gelingt, die Streikenden ohne Zugeständnisse zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Zu diesem Zweck ist die Versammlung nur einberufen, da bereits bekanntgemacht ist, wenn diese Versammlung die Aufhebung nicht beschließt, sollen am Donnerstag die Streikenden definitiv entlassen werden! Eine nette Arbeiterfreundlichkeit des Staates!

Hustand.

Der Streik der Baseler Straßenbahner ist durch die Nachgiebigkeit der Kantonsregierung beendet. Nicht ohne Einfluß auf die Entscheidung der Regierung dürfte das energische Eintreten der übrigen Staatsarbeiter für die Straßenbahner gewesen sein. So verzweigten die Straßenarbeiter, die Reinigung der Schienen vorzunehmen, weil dies sonst von dem Streckenwärtersonal besorgt worden war. Die Arbeiter der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke ergriffen ebenfalls für die Streikenden Partei und ein Generalstreik sämtlicher Staatsarbeiter war zu befürchten. Daher wohl das kluge Nachgeben der Regierung.

Die Arbeiter der elektrischen Zentrale in Belgrad sind gestern in den Ausstand getreten; sie fordern Lohnverhöhung für die Nachtstunden. Der Straßenbahnverkehr ist eingestellt.

Soziales.

Vom Berliner Kaufmannsgericht.

Daß das Wort „Trine“ keine so erhebliche Ehrverletzung enthält, um der Klägerin hinreichenden Grund zum plötzlichen Verlassen ihrer Stellung zu geben, hat die zweite Kammer des Kaufmannsgerichtes am Montag in einem Urteil ausgesprochen, durch das eine Kontoreistin, die im Exportgeschäft von Schlawe tätig gewesen war, mit ihrer Klage auf Gehaltsrückzahlung abgewiesen wurde. Der Vertreter der besagten Firma hatte ausgeführt, daß der Geschäftsführer, der jenes Wort gebrauchte, Medensburger sei und es in dem in diesem Lande üblichen Sinne, als soviel wie „nachlässiges Mädchen“, ausgefaßt wissen wollte. Diese Auffassung scheint sich auch das Gericht zu eigen gemacht zu haben, im Gegensatz zu der in Berlin üblichen, wonach das Wort belamlich von Prostituierten gebraucht wird. Es kam allerdings in Betracht, daß der Geschäftsführer das Wort zurückgenommen hatte, wenngleich er nach Aussage der Klägerin sich nicht verpflichtet wollte, es in Zukunft nicht mehr zu gebrauchen. Kuherden wurde die Klageabweisung damit begründet, daß die Klägerin nicht den im § 71 Absatz 4 des Handelsgesetzbuches vorgeschriebenen Weg eingeschlagen, also nicht den Schutz des Prinzipals angerufen hatte. Nach den Aussagen der Klägerin soll freilich gesagt worden sein, daß alle, die sich beschwerten, „rausfliegen“ würden, und außerdem soll der Geschäftsführer Medensburger wie: „Galten Sie die Schnauze“ usw. gebraucht haben.

„Es wird hinter unserem Rücken gegen und gearbeitet; der Verein wird sehr angefeindet,“ erklärte der Vertreter des Berliner Warenkaufmanns-Vereins. Er suchte dadurch die plötzliche Entlassung eines auf drei Jahre angestellten gewesenen Expedienten zu rechtfertigen, der auf Gehaltsrückzahlung klagte. Der Kläger soll nämlich auch neben anderen Verfehlungen die begangen haben, daß er der in einem Rundschreiben an alle Expedienten ergangenen Order, einen anderen entlassenen Angestellten aus den Geschäftskontakten hinauszuschleusen, nur zum Schein Folge geleistet habe. — Es kam in diesem Falle, nachdem der Vorsitzende dem Vertreter der Beklagten klar gemacht hatte, daß doch nur das allerwenigste von dem, was er gegen den Kläger vorgebracht habe, vielleicht als Entlassungsgrund angesehen werden könnte, zu einem Vergleich, wonach die Firma dem Kläger 211,56 M. zu zahlen hat.

Lohnforderung und Schadenersatzanspruch wegen unbefugter Vorkündigung der Arbeitniederlegung. Gegen die Gesellschaft „Graphia“ (verbundene Provinzialzeitungen) zu Berlin klagte die Aufsichtsrätin A. beir Berliner Oberverwaltungsgericht auf Zahlung von 10,83 M. rückständigen Lohn einschließlich Fahrgehalt. Der Vertreter der Gesellschaft, Herr Sommerfeld, machte Gegenansprüche geltend, weil die Klägerin ohne Aufkündigung die Stelle aufgegeben hatte. Außerdem wollte er einen Anspruch mit verrechnen, den eine Frau Wolf, die Hausdame eines früheren Mitgliedes der Gesellschaft, dessen Wohnräume neben dem Bureau der Gesellschaft liegen, der Klägerin überlassen hatte. Er wurde vom Vorsitzenden Dr. Schöffen darüber belehrt, daß die Privatangelegenheit der Frau Wolf hier ganz außer Betracht bleiben müsse. Schließlich normierte der Vertreter der Beklagten seinen Gegenanspruch auf 6 M. Schadenersatz, weil er infolge des plötzlichen Wegbleibens der Klägerin soviel mehr an Reinigungsgeld für die Bureau habe ausgeben müssen beziehungsweise werde ausgeben müssen. Die Frau Wolf sei eingesprungen und müsse entsprechend liquidieren. Frau Wolf beklundete als Jeugnis, daß sie für Bureaureinigung an zwei Tagen von der Gesellschaft „Graphia“ 6 M. beansprache und die Gesellschaft deswegen

in Verklagen bereit sei, wenn sie das Geld nicht erhielte. — Der Gerichtshof beurteilte die Forderung „Graphia“ zur Zahlung des vollen rückständigen Lohnes und des Fahrgebeldes an die Klägerin, und beurteilte auf die Widerklage der Gesellschaft die Klägerin zur Zahlung von 2 M. Schadenersatz. Mit dem darüber hinausgehenden Anspruch wurde die Widerklägerin abgewiesen. Eine Aufrechnung von Schadenersatzforderungen gegen den Lohnanspruch der Klägerin sei nach dem fürerlichen Gesetzbuch ausgeschlossen, so daß der Lohn nebst eingeschlossenem Fahrgehalt der Klägerin zugesprochen werden müsse. Was nun den Schadenersatzanspruch der Beklagten und Widerklägerin angehe, so sei ja aus der plötzlichen Arbeitsniederlegung trotz der Kündigungsfrist ein Schaden entstanden, aber nicht in der geltend gemachten Höhe nachgewiesen. Da die Klägerin monatlich nur 20 M. erhielt und dafür noch in der Wirtschaft der Frau Wolf mitarbeiten mußte — neben der Bureaureinigung —, so sei unmöglich anzunehmen, daß Frau Wolf für ihre Reinigung des Bureau pro Tag 3 M. beanspruchen könnte. Wenn man den Schaden mit 1 M. pro Tag, also auf 2 M. für die beiden Tage berechne, dann wäre es reichlich bemessen.

Gerichts-Zeitung.

Lohnstreitigkeiten mit seiner Verkäuferin hatten dem Bäckermeister Paul Heinz eine Anklage wegen Körperverletzung eingebracht. Er wurde vom Schöffengericht wegen dieses Vergehens zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Zugleich wurde der Verletzte eine Buße von 30 Mark zuerkannt. Bei dem Angeklagten war eine Frau Marie Gralich als Verkäuferin in Stellung gewesen. Am 14. März erkrankte sie und mußte sich in ein Krankenhaus begeben. Nach ihrer Entlassung aus diesem begab sie sich in den Laden des H. zurück, um ihre zurückgelassenen Sachen zu holen und ihr rückständiges Gehalt einzufordern. Das Letztere wurde ihr jedoch von dem Angeklagten verweigert, weil er glaubte, Gegenforderungen geltend machen zu können. Zwischen beiden kam es infolgedessen zu erregten Auseinandersetzungen. Als Frau G. schließlich erklärte, sie würde sich ihr Recht anderwärts suchen, packte sie H. bei der Brust, öffnete die Ledertüte und warf sie auf die Straße hinaus, so daß sie rücklings hinfällte, mit dem Hinterkopf auf das Steinpflaster aufschlug und sich schwere Verletzungen zuzog. — Der Angeklagte legte gegen das schöffengerichtliche Urteil Berufung ein, die nunmehr vor der sechsten Strafkammer zur Verhandlung kam. In der Berufungsinstanz behauptete H., er habe die Frau G. nur am Arm hinausgeführt; daß sie die Treppenschufen hinuntergestürzt sei, habe er nicht verschuldet. Die Berufungsinstanz bezeichnete die Handlungsweise des Angeklagten als eine erhebliche, hielt es ihm jedoch zugute, daß er ebenfalls von der G. gereizt worden war. Unter Aufhebung des ersten Urteils erkannte die Strafkammer auf hundert Mark Geldstrafe.

Als einen erlebten Schwinder bezeichnete der Staatsanwalt den Invaliden Wilhelm Daul, welcher gestern unter der Anklage des Rückfallbetruges, der schweren Urkundenfälschung und des Diebstahls in drei Fällen vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I stand. Der 31-jährige Angeklagte ist bereits mehrfach wegen Betruges, Unterschlagung und Diebstahls vorbestraft; er ist seit längerer Zeit verheiratet. — Im Frühjahr dieses Jahres erschien bei der Zigarrenhändlerin Hülge in der Schönhauser Allee ein Herr, der sich als Oberpostassistent vorstellte. Er war bald mit Fräulein F. in ein Gespräch verwickelt, woraus sich eine nähere Bekanntschaft entwickelte. Der Herr „Oberpostassistent“ war bald täglicher Gast bei der F., die keinen Anstoß nahm, ihm alle Waren auf Kredit zu geben, zumal ihr versichert wurde, er werde alles bezahlen, wenn er am Ultimo sein Gehalt bekäme. Der Angeklagte, denn dieser war der angebliche „Oberpostassistent“, entnahm mehrere Kisten Zigarren, die er für seinen Vater, der Gutbesitzer bei Rützin sei, zu einem Geburtstagsgeschenk verwenden wollte. Als die Schuld auf 30 M. angelaufen war, wurde Fräulein F. etwas mißtrauisch. Als sie mit einer Rechnung nach der Wohnung des Herrn Oberpostassistenten schickte, mußte sie die Entdeckung machen, daß die Adresse eine fingierte war. Als der Angeklagte wieder in ihrem Geschäft erschien, machte sie ihm deshalb Vorhaltungen. Mit ziemlicher Dreistigkeit erzählte der Angeklagte, er habe seine Wohnung gewechselt und wohne jetzt in der Karlstraße. In dem Gespräch zeigte D. plötzlich großes Interesse für die Handschrift des Fräulein F. Er holte einen Bogen Papier hervor und bat sie, doch einmal ihren Namen darauf zu schreiben. Sie tat dies auch arglos. Nicht wenig erstaunt war sie deshalb, als ihr später eine mit ihrer Unterschrift versehene quittierte Rechnung vorgelegt wurde. Der Angeklagte hatte in geschickter Weise über den Namen des Fräulein F. den Vermerk „Betrag erhalten“ und eine spezialisierte Rechnung gesetzt. — Neben dieser Straftat hat der Angeklagte noch mehrere raffinierte Diebstähle verübt. Er sprach u. a. in der Invalidenstraße eine Näherin W. an und ging mit ihr in ein Restaurant. Er stellte sich dem Mädchen als Dr. Wohler aus der Chorist vor. In dem Restaurant verstand der Angeklagte, ihm in geschickter Weise das Portemonnaie abzuzucken. Auf der Straße trat er in eine Bedürfnisanstalt, um dann durch den anderen Ausgang zu verschwinden. Das Mädchen war indessen schlauer. Sie ließ ihm nach und verlangte ihr Portemonnaie zurück und ließ den Angeklagten feststellen. Einer anderen jungen Dame entwendete er in deren Wohnung eine goldene Uhr nebst Kette im Werte von 127 M. Die Uhr versetzte er für 10 M. und verkaufte auch noch den Pfandschein, so daß der Bestohlenen jede Möglichkeit genommen war, wieder zu ihrem Eigentum zu gelangen. Der dritte Diebstahlsfall liegt ganz gleichartig. — Vor Gericht war der Angeklagte teilweise geständig. Nach alter Verbrechenartikellautete er nur diejenigen Punkte der Anklage, für welche er die schwerste Strafe zu gewärtigen hatte. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf das ziemlich raffinierte Vorgehen des Angeklagten eine Zuchthausstrafe von vier Jahren, 300 M. Geldstrafe und drei Jahre Ehrverlust. Der Gerichtshof erkannte diesem Antrag gemäß auf vier Jahre Zuchthaus.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Lage im Barfinghausener Streikgebiet.

Hannover, 25. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Zum Vergleuterstreik sind die Leiter des christlichen Verbandes heute ungerufen eingetroffen um im Trüben zu fischen. Eine stark besuchte Versammlung in Wennigsen beschloß, an den Forderungen unerbürdlich festzuhalten und dies in der Versammlung im Zechenhaus dem Vergleut gegenüber zu vertreten und gegen die Wiederaufnahme der Arbeit zu stimmen und zu agitieren, falls nicht bewilligt wird.

Paris, 25. Juli. (B. Z. B.) Ministerpräsident Rouvier empfing heute den russischen Friedensbevollmächtigten Witte und hatte mit ihm eine längere Unterredung.

London, 25. Juli. (B. Z. B.) Der Vikar von Indien telegraphiert, der Monsun hat spät begonnen, doch ist neuerdings eingetretener Regen allgemein ausreichend und gut verteilt. Es besteht gegenwärtig kein Grund zu Besorgnissen.

Portland (Oregon), 25. Juli. (B. Z. B.) Bundes Senator Mitchell wurde zu tausend Dollar Geldstrafe und sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er seine Stellung als Senator dazu mißbraucht hatte, die Geschäfte seiner Advokatur zu fördern.

New Orleans, 25. Juli. (B. Z. B.) Seit dem Ausbruch des gelben Fiebers sind fünfzig Krankheitsfälle vorgekommen, von denen acht tödlich verliefen. Viele der Erkrankten sind gegenwärtig befinden sich nur noch fünfzehn in ärztlicher Behandlung.

New York, 25. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Es verlautet, dreizehn Dampferlinien hätten vereinbart, daß der Zwischenverkehrs von New York nach einem Mittelmeerhafen mindestens 26 Dollar betragen soll.

Arbeiter-Sängerbund Berlins u. Umgegend.

1. Vorsitzender: Julius Meyer, Berlin, Urbanstr. 131. 1. Kassierer: August Seifert, Berlin, Bergmannstr. 104 IV.

Alle Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an: Max Sinner, Rigdor, Faltsch. 59, vorn II.

Sitzung haben Montag:

- „Emeralda“, Berlin, Kersten, Obingestr. 15. „Fisch auf 1“, Friedrichsberg, Friedrich, Frankfurter Allee 108. „Harmonie Damenschor“, Berlin, Büttner, Stargarderstr. 38.

Sitzung haben Dienstag:

- „Alpenrose“, Berlin, Voelker, Biederstr. 17. „Dummschäfer“, Lindenwalde, Gerhardt, Haag 5. „Dornrose“, Berlin, Baumgarten, Grüner Weg 59.

Sitzung haben Donnerstag:

- „Alpenrose“, Berlin, Kasse, Poststr. 36. „Alpen II“, Rummelsburg, Leppla, Hühnerstr. 6. „Bachström“, Berlin, Stenar, Hühnerstr. 26.

- „Alpen III“, Berlin, Kasse, Poststr. 36. „Alpen IV“, Berlin, Kasse, Poststr. 36. „Alpen V“, Berlin, Kasse, Poststr. 36. „Alpen VI“, Berlin, Kasse, Poststr. 36.

- „Alpen VII“, Berlin, Kasse, Poststr. 36. „Alpen VIII“, Berlin, Kasse, Poststr. 36. „Alpen IX“, Berlin, Kasse, Poststr. 36. „Alpen X“, Berlin, Kasse, Poststr. 36.

- „Alpen XI“, Berlin, Kasse, Poststr. 36. „Alpen XII“, Berlin, Kasse, Poststr. 36. „Alpen XIII“, Berlin, Kasse, Poststr. 36. „Alpen XIV“, Berlin, Kasse, Poststr. 36.

Sitzung haben Mittwoch:

- „Alpen XV“, Berlin, Kasse, Poststr. 36. „Alpen XVI“, Berlin, Kasse, Poststr. 36. „Alpen XVII“, Berlin, Kasse, Poststr. 36. „Alpen XVIII“, Berlin, Kasse, Poststr. 36.

- „Alpen XIX“, Berlin, Kasse, Poststr. 36. „Alpen XX“, Berlin, Kasse, Poststr. 36. „Alpen XXI“, Berlin, Kasse, Poststr. 36. „Alpen XXII“, Berlin, Kasse, Poststr. 36.

- „Alpen XXIII“, Berlin, Kasse, Poststr. 36. „Alpen XXIV“, Berlin, Kasse, Poststr. 36. „Alpen XXV“, Berlin, Kasse, Poststr. 36. „Alpen XXVI“, Berlin, Kasse, Poststr. 36.

- „Alpen XXVII“, Berlin, Kasse, Poststr. 36. „Alpen XXVIII“, Berlin, Kasse, Poststr. 36. „Alpen XXIX“, Berlin, Kasse, Poststr. 36. „Alpen XXX“, Berlin, Kasse, Poststr. 36.

Sitzung haben Freitag:

- „Alpen XXXI“, Berlin, Kasse, Poststr. 36. „Alpen XXXII“, Berlin, Kasse, Poststr. 36. „Alpen XXXIII“, Berlin, Kasse, Poststr. 36. „Alpen XXXIV“, Berlin, Kasse, Poststr. 36.

Die Zwangspolitik in Nordschleswig vor dem Kieler Landgericht.

Kiel, 24. Juli.

Der inkriminierte Artikel, welcher nach Erledigung der Formalien verlesen wird, hat folgenden Wortlaut:

Hadersleben, 12. Januar. Optantenmacher. Der Landtags-Abgeordnete H. J. Hansens-Benrath bespricht im letzten Halbjahreshefte der „Südlichen Jahrbücher“ in einer Abhandlung über die Köller-Politik die Optantenmacher bei uns. Auch der Fall Fimmemann-Laarung wird erwähnt, und zwar in einer Weise, daß der Landrat Wehner und der Amtsvorsteher Valentiner sich ganz gewiß nicht die Sache hinter den Spiegel stecken werden. Nachdem Herr Hansens nämlich die Sache des älteren Fimmemann dargestellt hat, kommt er auf die Anklage gegen den jüngeren, Sohn des älteren, zu sprechen. Um diesen auszuweisen zu können, mußte der Vater, trotz seines freisprechenden Urteils höchster Instanz, doch als Optant gestempelt werden. Damit dieses erreicht werden konnte, hat die Verwaltung Wege eingeschlagen, die einfach zum Wände in die Höhe treiben sind: Erstens hat bei der ersten Verhandlung der Gendarmeriechefsmeister Stegmann unter Eid ausgesagt, daß er Neujahr 1867 in Christiansfeld angestellt war und daß er wußte, daß C. Fimmemann an diesem Zeitpunkt mehrere Wochen in Dänemark gewesen sei. In zweiter Instanz wurde dem Stegmann nachgewiesen, daß er erst im Oktober 1867 in Christiansfeld angestellt gewesen sei, worauf er verzweifelt erklärte, er habe sich geirrt. Ferner wurde eine ältere Frau als Zeugin vernommen, die in Esbjerg wohnhaft ist. Sie sagte unter Eid aus, Fimmemann sei ein halbes Jahr in Dänemark gewesen. In einem späteren Verhör schwindet das halbe Jahr ein auf vier Wochen. Später hat sie vier zuverlässigen Leuten gegenüber erklärt, daß sie, vom Amtsvorsteher Valentiner aufgefordert, vor der Gerichtsverhandlung eine Zusammenkunft mit dem Amtsvorsteher, dem Gendarm Stegmann und dem Landrat Wehner auf dem Landratsamt hierher gehabt habe. Bei dieser Gelegenheit habe sie 20 Mark konstant erhalten. Weiter seien ihrem Sohne und ihr selbst eine Besorgung von 2000 M. in Aussicht gestellt worden, falls ihre Aussage zur Verteilung Fimmemanns beitragen könnte. In Wirklichkeit löste sie sich an nichts erinnern, alles sei aber im Voraus aufgeschrieben worden. Soweit Herr Hansens. Das Gericht verurteilt auf die Aussage dieser Zeugin den Fimmemann. Kurze Zeit nachher waren beide, Vater und Sohn, über die Grenze transportiert. Kommentar ist eigentlich überflüssig.

Der Angeklagte, wegen Freibergehen verbestraft, erklärt, er habe den Artikel nicht geschrieben, aber er verantworte ihn, denn er sei von seiner Richtigkeit überzeugt. Er stütze sich bei seiner Überzeugung auf die Äußerung Winter von Adlersflügel, die ganz ähnlich lag, und in der er selbst auch verlobt gewesen. Der Hadersberger Prozeß in dieser Sache habe unglückliche Dinge an den Tag gebracht und zur Amtsniederlegung Winters geführt. Darauf sei der Prozeß gegen ihn eingestellt worden. Da er unter diesen Umständen geglaubt habe, daß in Nord-Schleswig alles möglich sei, habe er kein Bedenken getragen, die Hansensschen Enthüllungen wiederzugeben, zumal er dadurch hoffte, Klarheit in die Fimmemannsche Angelegenheit zu bringen. Daß er den Landrat und den Amtsvorsteher durch die einfache Wiedergabe des Hansensschen Artikels beleidige, habe er nicht angenommen. Auch sei ihm nicht bekannt gewesen, daß der Hansenssche Artikel am Schluß seiner Ausführungen die Möglichkeit, daß die Frau Bodil Hansen sich irre, zugegeben habe. Als Zeuge erscheint zunächst Amtsvorsteher Valentiner. Darauf aufmerksam gemacht, daß er Aussagen, die ihn selbst betreffen, verweigern könne, bekundet er, er habe mit der Witwe Bodil Hansen überhaupt nicht verhandelt. Deren Sohn Jensen habe ihm in der Eisenbahn erzählt, daß seine Mutter, die in Esbjerg wohne, über die Fimmemannsche Sache wichtige Aussagen machen könne. Das sei geschehen, nachdem Fimmemann sen. freigesprochen worden. Als der Prozeß des jungen Fimmemann bevorstand, rief er den Jensen und ersuchte ihn, seine Mutter, die in Esbjerg wohnte, herbeizuscholen. Dies sei geschehen und der Landrat habe die Frau vernommen. Er sei nicht zugegen gewesen. Die Zeugin Hansen habe er erst im Fimmemannschen Gerichtsverfahren zum ersten Male gesehen.

Der Verteidiger beantragt, die Entscheidungen des Ober-Landesgerichts in den beiden Fimmemannschen Prozessen zu verlesen. Der Antrag wird vom Gericht abgelehnt.

Der nächste Zeuge ist Landrat Wehner. Amtsvorsteher Valentiner habe ihm mitgeteilt, daß Weichensteller Jensen und seine Mutter genaue Auskunft über den Aufenthalt Fimmemanns sen. in Dänemark geben könnten. Er habe den Jensen veranlaßt, seine Mutter kommen zu lassen und habe die Frau in Gegenwart des Gendarmen und ihres Sohnes verhört. Er habe der Frau gleich gesagt, worum es sich handle, und daß sie ihre Aussagen werde beschwören müssen. Nachdem er die Aussagen protokolliert, habe er der Frau aus eigener Tasche zehn Mark Gehalt gegeben.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß in früheren Aussagen von zwanzig Mark die Rede gewesen. Landrat Wehner: Das war ein Irrtum. 10 M. hat Herr Valentiner dem Jensen für die Reise nach Esbjerg gegeben.

Auf Befragen bekundet Zeuge weiter, die Frau habe ausgesagt, sie erinnere sich jener Zeit, die für den Prozeß des älteren Fimmemann in Betracht komme, sehr genau. Ihr Mann habe damals die Sache mit ihr besprochen, und an verschiedenen Sonntagen sei die Frau des Fimmemann über die Grenze zu ihrem Mann, der jenseits wohnte, hinfahren. Fimmemann sei mindestens zwei Monate in Dänemark gewesen. Daß die Frau für ihre Aussagen etwas bekommen sollte, habe er ihr nie gesagt. Er habe gelacht, als er von den 2000 M. zum erstenmal durch die Landtagsrede des Abg. Hansens vernommen. Wo solle er eine so große Summe hernehmen? Die 10 M., die er der Frau gegeben, seien sich aus Willkür und Zehrfloßen zusammen. Als ihm später Bedenken gekommen, habe er sich das Geld, das er aus eigener Tasche ausgegeben hatte, wieder gegen Quittung aus der Staatskasse zurückgeben lassen.

Bert.: Hat Frau Hansen nicht erst von acht Monaten gesprochen, die sich Fimmemann in Dänemark aufgehalten habe? Zeuge Wehner: Das ist möglich. Ich habe gehört, daß die Frau ihre Aussagen später sehr eingeschränkt habe.

Der Fall Winter von Adlersflügel.

Auf Befragen des Verteidigers erzählt Zeuge Landrat Wehner die Affäre Winter. In dem Optantenprozeß Zimmermann, für den er sich sehr interessierte, sei er in Scherrebek gewesen und bei dem Amtsvorsteher Winter abgestiegen. Dieser habe ihm mitgeteilt, die Vorsteher der Kreditbank, Pastor Jacobsen und Hotelier Lassen, hätten ihm 2000 M. zur Verfügung gestellt, für den Fall, daß ein Zeuge eine bestimmte Aussage gegen Zimmermann abgeben wolle. Denn wenn Zimmermann aus Scherrebek un-Preußen heraus müßte, fliege die dänische Spatasse auf. Er, Zeuge Wehner, habe sich auf diese Dummheit nicht eingelassen.

Bert.: Haben Sie nicht den Pastor Jacobsen wegen dieser unerhörten Zumutung zur Rede gestellt? Zeuge verneint die Frage; er habe dazu keine Veranlassung gehabt.

Es folgt Zeuge Weichensteller Jensen-Hadersleben, Sohn der Frau Bodil Hansen. Zeuge macht über die Aussagen seiner Mutter vor dem Landrat Aussagen, die sich mit denen Wehners decken. Seine Mutter habe zwanzig Mark bekommen.

Der Landrat ruft dazwischen: Jehu Mark. Zeuge (fortfahrend): — daß seine Mutter noch mehr Geld bekommen sollte, davon sei keine Rede gewesen.

Die klassische Zeugin der Fimmemann-Prozesse.

Zeugin Witwe Bodil Hansen, 68 Jahre alt, vermittelte des Dolmetschers vernommen: Sie sei einmal beim Landrat Wehner gewesen. Sie habe ein Telegramm bekommen, daß sie zu ihrem Sohne in Hadersleben kommen sollte; ihr Sohn sei nicht persönlich bei ihr gewesen. Auf Eintrede ihres Sohnes erinnere sich Zeugin, daß dieser bei ihr gewesen. Sie habe dem Landrat Wehner von ihrem verstorbenen Mann erzählt, aber über Fimmemann selbst nicht gesprochen. Auf Befragen gibt die Zeugin wieder zu, auch von Fimmemann gesprochen zu haben, sie habe aber nicht gewußt, weshalb sie zum Landrat gerufen worden sei. Was die Dauer von Fimmemanns Aufenthalt in Dänemark anlange, so wisse sie nur, daß dieser dort gewesen sei. Sie meint, ausgesagt zu haben, daß dieser in Dänemark gewesen, vielleicht ein halbes Jahr, vielleicht weniger. Und das sei wahr. Im Geld habe sie von dem Landrat bloß als Erhaltung für die Reisekosten 10 M. erhalten. Weitere Versprechungen seien ihr nicht gemacht worden.

- „Freie Sänger“, Trebbin, Boli, Bahnhofsstraße. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29.

- „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29.

- „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29.

- „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29.

- „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29.

- „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29.

- „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29.

- „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29.

- „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29.

- „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29.

- „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29.

- „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29.

- „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29.

- „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29.

- „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29.

- „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29.

- „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29.

- „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29.

- „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29. „Freie Sänger“, Berlin, Dörger, Anklamstr. 29.

Sie habe von anderen Leuten von 2000 M., die ihr versprochen worden, erzählen hören, sie selbst habe nichts Derartiges herangezogen. Der Landrat habe sie nicht aufgefordert, die reine Wahrheit zu sagen, da sie später schwören müsse. Daß sie keine Geldversprechungen von dem Landrat erhalten, will sie bestreiten. Auf weiteres Befragen kann die Zeugin nur sagen, daß Fimmemann kurze Zeit weg gewesen, wie lange, wisse sie nicht.

Zeuge Farbenhändler Raben: Die Witwe Hansen habe ihm erzählt, ihr Sohn solle 2000 M. bekommen, wenn er oder sie solche Aussagen machen würden, daß Fimmemann seine Sache verlieren werde. Das sei in seinem Hause in Esbjerg passiert. Die Frau Hansen habe zuerst mit seiner Frau über den Fall Fimmemann gesprochen, er habe sich dafür interessiert und Frau Hansen dann auch danach gefragt, worauf sie von den ihrem Sohne versprochenen 2000 M. erzählt habe.

Frau Hansen erklärt alles für nicht wahr. Zeuge Raben bleibt auf das bestimmteste bei seinen Aussagen.

Zeugin Frau Raben macht über die Erzählungen der Frau Hansen dieselben Aussagen wie ihr Mann; über Frau Hansen die 2000 M. versprochen, habe diese nicht gesagt.

Zeuge Kaufmann Frees aus Hadersleben: Er kenne den alten Fimmemann sehr gut, schätze ihn außerordentlich als Ehrenmann und habe sich deshalb für seine Sache interessiert. Dagegen sei ihm der Zeuge Jensen unvorteilhaft bekannt. Er sei zusammen mit einem anderen zuverlässigen Mann nach Esbjerg gereist und sei dort in dem Hause Rabens im Nebenzimmer mit seinem Begleiter Zeuge eines Gesprächs gewesen, in dem Frau Hansen erzählte, ihr Sohn solle 2000 Mark haben, wenn sie für Fimmemann ungunstig aussage.

Bert.: Weshalb hat der Zeuge ausgesagt, Jensen sei ihm als unvorteilhaft bekannt? Wodurch ist ihm Jensen unvorteilhaft bekannt geworden?

Der Staatsanwalt beanstandet die Frage. Das Gericht beschließt: die Frage wird als nicht zur Sache gehörig abgelehnt.

Zeuge Fimmemann.

(Er ist bekanntlich aus Preußen ausgewiesen, aber von der Verteidigung geladen und erscheint jetzt, nachdem er vergebens auf dem Gerichtshof aufgerufen worden, durch eine Seitentür im Gerichtssaal.)

Zeuge Hofbesitzer Fimmemann: Er ist mit Frees Zeuge des Gesprächs in der Rabenschen Wohnung gewesen. Frau Hansen habe erzählt, Amtsvorsteher Valentiner sei in der Wohnung ihres Sohnes gewesen und habe ihm Geld versprochen.

Auf die Frage des Verteidigers, wie es sich mit seinem Optionsprozeß verhalte, bekundet Zeuge:

Er habe die Wiederaufnahme seines Verfahrens durchsetzen wollen und sei nach Kiel zurückgekommen, um sich strafbar zu machen. Er habe sich selbst hier bei der Oberstaatsanwaltschaft in Kiel denunziert.

Der Erste Staatsanwalt macht Einwendungen. Bert.: Ich halte diese Feststellungen deshalb für wichtig, weil daraus hervorgeht, daß der Abg. Hansens bloß deshalb die zur Anklage stehenden Vorgänge veröffentlicht hat, um die Sache Fimmemanns wieder aufzutun.

Der Staatsanwalt beanstandet die Verteidigung Fimmemanns, da er sowie die Zeugen Raben aus Esbjerg und der Kaufmann Frees aus Hadersleben eventuell als Anklager des Abg. Hansens angesehen werden könnten.

Der Verteidiger beantragt Gerichtsbeschluss. Das Gericht beschließt, den Zeugen zu beedigen.

Zeuge Kaufmann Wartho aus Hadersleben ist ebenfalls dabei gewesen, als die Zeugin Hansen bei Rabens erzählt hat, man habe ihr Geld geboten. Sie hätten sich zu dreien in dem Nebenzimmer nur durch eine Portiere von der Hansen getrennt befunden. Frau Hansen habe sehr viel Unzusammenhängendes gesprochen. Die Frau habe auf ihn den Eindruck einer Geisteschwachen gemacht. Eine genaue Wiedergabe alles dessen, was da gesagt wurde, sei unmöglich. Frees und Fimmemann hätten das ganze Gespräch aufgeschrieben, er nur den Anfang. Nachher hätten alle drei die Notizen verlesen. Sicher weiß er, daß Frau Hansen gesagt habe, 2000 M. seien in Aussicht gestellt. Er habe empfunden, daß die Frau ihrerseits Fimmemann für einen ganz gefährlichen Kerl gehalten und wirklich geglaubt habe, es sei ein gutes Werk, sich die 2000 M. zu verdienen.

aufnahme in die Wählerliste erhebe ich Einspruch und beantrage meine Eintragung. ...

Mit dem 1. Oktober 1893. ...

- H. 105. Rein. Das Eigentum der Frau kostet nicht für die Schulden des Mannes. ...

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Urania Taubenstr. 48/49. 8 Uhr: Die Insel Rügen.

Theater. Mittwoch, den 26. Juli. Anfang 7 1/2 Uhr.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62. D. GASTAN'S PANOPTICUM.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Mittwoch, abends 8 Uhr bei halben Preisen: Der Trompeter von Säckingen.

Max Kliems Sommer-Theater. Hasenheide 13-15. Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Marie Prestel geb. Karstedt im 45. Lebensjahre. Dies zeigt tiefbeträbt hiermit an Der trauernde Gatte August Prestel.

Sozialdemokrat. Wahlverein Wilmersdorf. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schuhmacher Wilhelm Noch.

Neues kgl. Opern-Theater. Anfang (Kroll.) 7 1/2 Uhr. Der Widerspenstigen Zähmung.

Carl Weiß-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. Nur noch drei Aufführungen: Lehmanns Abenteuer.

Diez' Spezialitäten-Theater. Landsberger Allee 76/79. Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreicher Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben, unversehrlichen Sohnes, Bundes-Schwagers und Onkels.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige.

Metropol-Theater. Der größte Erfolg der Saison! Zum 262. Male: Die Herren von Maxim.

Victoria-Brauerei. Lützowstr. 111/112. Täglich: Horst's Sänger.

Neue Welt Arnold Scholz. 108/114. Mittwoch, den 26. Juli: Großes Ernte-Fest.

Ost-Kasino. Frankfurter Allee 106. Säle für Vereine, Versammlungen usw.

Inventur-Ausverkauf! zurückgesetzter prima Velour-Teppiche.

Apollo-Theater. Stürmisches ununterbrochenes Lachen! Der Gipsel der Komik!

Bernhard Rose-Theater. Weisenbäumen, Badstraße 58. Große Extra-Benefiz-Vorstellung.

ZOOLOGISCHER GARTEN. Täglich nachmittags 5 Uhr: Militär-Doppel-Konzert.

Gardinen, Stores, Steppdecken. Hochelegante Gardinen, Stores, Steppdecken.

Dankfagung. Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Genossen, Bekannten, besonders dem Hausknecht, Fidele Weber.

Passage-Theater. Sonnabend, 29. Juli, abends 8 Uhr: Premiere.

Schweizer-Garten. Am Königstor. Am Friedrichshain. Heute: Kinder-Fest.

Ostbahn-Park. Am Küstrinerplatz, Rüdowstr. 71. Hermann Imbs. Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Teppich-Engros-Haus Hermann Bursch. Spandauerstr. 65-67.

Sofastoffe. Riesenwahl aller Qualitäten. Wolle, Reste! Moquettas, Plüsch, Satteltaschen.

Paul Schwarz' Sommer-Theater. Lichtenberg, Dorfstr. 25/26. Täglich: Konzert.

Reichshallen. Gastspiel d. berühmten Oskar Jungbühnel.

Otto Pritzkow's Abnormitäten-Ausstellung. Münzstr. 16. Neu ??? ? ? ? ? Neu? Mne-Mno-Mni!

Prater-Theater. Kastanien-Allee 7-9. Täglich: Zwischen Himmel und Erde.

Lieben Sie Ihre Wäsche? Wollen Sie Ihre Wäsche dauerhaft, gut und blendend weiß erhalten?

Reichshallen. Gastspiel d. berühmten Oskar Jungbühnel.

Fröbels Allerlei-Theater. Schönhauser Allee Nr. 148. Täglich: Kinder-Fest.

Köpenick. Echten alten Kottbusser Korn zu haben bei Ang. Tauchert, Gastwirt, Mühlentorstr. 4.

Advertisement for 'Schneewittchen-Bleichseifenpulver!' featuring an illustration of a woman washing clothes and text describing the product's benefits.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. Sektion der Gips- u. Zementbranche.
Donnerstag, den 27. Juli 1905, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Endgültige Beschlussfassung über die bei der Vertragsverhandlung zu stellenden Forderungen. 2. Abrechnung vom 2. Quartal pro 1905. 3. Abrechnung des Vergütungs-Komitees vom 3. Stiftungsfest. 4. Verschiedenes.

Die wichtige Tages-Ordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher Mitglieder.

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt. 147/8* Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 27. Juli 1905, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Kopenstraße 29:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht vom zweiten Quartal. 2. Bericht des Vorstandes, der Arbeitsvermittler, des Obmannes der Schlichtungskommission, der Werkstattkontrollkommission und des Bibliothekars. 3. Der Jahresbericht der Gewerkschaftskommission. 4. Ersuchen um Ortsverwaltung. 5. Anträge, Verbandangelegenheiten.

Nur Eintritt mit Mitgliedsbuch!

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
89/11 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Schmiede.

Zahlstelle Berlin.

Bureau: Straßauerstr. 48. Telefon: Amt I, 7779.

Mittwoch, den 26. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in den „Germania-Prachtzalen“, Chausseest. 103:

Allgemeine Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom II. Quartal 1905. 2. Berichte sämtlicher Körperstellen. 3. Reuewahl sämtlicher Körperstellen: a) Ortsverwaltung, b) Bescheidungskommission, c) Delegierte zur Gewerkschaftskommission, d) Vergütungskomitee, e) Bibliothekar. 4. Verschiedenes.

Kollegen! Wir erwarten diesmal vollständigen Besuch, denn es ist die wichtigste Versammlung des ganzen Jahres. Die in letzter Zeit aus- gelassene Tätigkeit der Kollegen muß ausbilden.

Wir erwarten die Beiratsführer, Handarbeiter, Kapitulationskommissionen und Vertrauensleute, überall für guten Besuch zu arbeiten.

Rochmals Kollegen! Erscheint vollständig in dieser wichtigen Versammlung! Ferner ersuchen wir um pünktliche Beitragsleistung namentlich der Extrabeiträge. 176/20

Alle Geldsendungen sind nur an den Kassierer Kollegen W. Gentschel, C. 2, Straßauerstr. 48, zu senden.

Die Ortsverwaltung.

G. M.: W. Siering, C. 2, Straßauerstr. 48.

Verband der baugewerbli. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Fahrstuhl-Arbeiter!

Donnerstag, den 27. Juli, abends 8 Uhr, in den Industrie-Festzalen, Benthstr. 19:
Sektions-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Der Stand der Bewegung und unsere weitere Stellungnahme.

2. Verschiedenes. 34/16*

Dr. Simmel, Prinzen-

Str. 41,

Spezialarzt für 15/11*

Haut- und Hornleiden.

10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.

Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Donnerstag, den 27. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Zab-Of“, Waldemarstr. 75:

Versammlung

aller in der Schrauben-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Reichstags-Abgeordneten H. Körsten über: „Die Bedeutung der Gewerbeberichte für die Arbeiter“. 2. Tätigkeitsbericht der Kapitulationskommission und Reuewahl derselben. 3. Verschiedenes.

Kolleginnen, Kollegen! Des überaus lehrreichen Vortrages und der wichtigen Tagesordnung wegen erwarten wir vollständiges Erscheinen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. 12/18

Donnerstag, den 27. d. M., abends 8 Uhr, in Stecher's Festzalen, Andraastr. 21:

Versammlung

der Metallschleifer, Galvaniseure, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Berichtserstattung vom Verbandstag. Referent: Kollege Handke. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

In dieser Versammlung müssen alle Fragebogen der Galvaniseure abgegeben werden. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Donnerstag, den 27. d. M., abends 8 Uhr, in den „Andreas-Festzalen“ (oberer Saal), Andraastr. 21:

Versammlung der Bauanschläger.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Winkler über: „Die Arbeiterbewegung der jüngsten Zeit und ihre Lehren“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

P. S. Unsere diesjährige Dampferpartie findet Montag, den 14. August, nach Maricunisi statt. Biletts sind in der Versammlung und bei den Vertrauensleuten zu haben.

Die Ortsverwaltung.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Stegdecken billigst febril Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37*
Teppiche mit Farbemalern febril, niedrige Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37*
Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37*
Teppiche! (fehlerrichtig) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Dadescher Markt 4, Bahnhöf. 251/19*
Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstraße 148 (Eingang Bergstraße), Große Frankfurterstraße 56, Stahlstraße 40. 6498*
Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Andraastr. 38. 6518*
Pianino, fast neu, Ritterstraße 121, beim Wirt. 161*
Hochverehrte Herrenholzer aus feinsten Nussbäumen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Pflanz. 6578*
Tambourier - Kabinen - Decken - meyer, alleinst. Kabinen E. Sellmann, Goldschmiedestraße 26, nahe der Landstraße 6678*
Waschmaschinen! Hochleistungs- maschine! 3,00. Dreifachwaschmaschine! 6,00. Waschmaschinen! (portablen) Petroleum- maschine! 2,00. Waschanlage, Wasserheizerstraße 32 (Belien- tanzhaus) 6698*
Sofas, neue, spottbillig, Granden- zstraße 2, Tagesparier. +39*
Metallbetten, 2 hochgelegte, 110,00, Ritterstraße 112 II. 19113*
Nähmaschinen sämtlicher Systeme vergibt noch bis 10,00, neue Teil- zahlung Nähmaschine kauft oder nach- weist. Bode 1,00. Postkarte, Drauser, Hornborferstr. 50. 740*
Baumaterialien, neue und ge- brauchte wie: Kienholz, Bretter, Balken, Leisten, Ähren, Fenster, Dach- pappe, Zinokorn, in größter Auswahl billigst Kottbuserdam 22. 15428*

Ringschiffchen, Bobbin, Schneid- nadel, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Preng- lauerstraße 50/60.
Fleischhaus Weidenweg neun- zehn spottbillig Bettdecken, Gar- dinenverkauf, Teppichverkauf, Stepp- decken, Kissenverleiher, Regulatoren, Freischwinger, Taktmaschinen, Jacken- anzüge, Verschiedenes. +27*
Wett 11,00, bessere spottbillig, Michel, Dresdenstraße 38. 2285*
Wegen Räumung einer großen Wohnung verkauft junge Frau sämt- liche Möbel, Köpenickerstraße 126a, I.
Kinderwagen, gebraucht, 12 Mark, verkauft Seife, Mittelwalderstraße 30.
Ringschiffchen, gutgehend, billig, Langestraße 25, vorn III, 66de.
Kanarienvogel 6,00, Vorkäufer, Seilerstamm, Schloßplatz 2. 207*
Grüntenwäscherei, gutgehend, fortzugsweiser verkauft billig Böhm, Marktstraße 13 H. +86*
Wein, vorzügliche Stoffe zur Heren-, Damen, Kinderherden, spottbillig, Zuschneiden gratis. Maß- anfertigung, Kletterhandlung Grüner Weg 104 I. 8055*
Obst, Gemüsegeschäft, passend für kleine Familie, billige Preise, gut gehend, verkauft billig Näherstraße 1, Ede Weidenweg. 2425

Verschiedenes.

Pfandleihen, Prinzenstraße 63, täglich 8-8, Sonntags bis 2. 6528*
Kunststofferei von Frau Koloff, Charlottenburg, Goethestraße 84, I.
Platinabfälle, alte Goldschmied, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Kettgold, Staubgold, photographische Rückstände sowie alle gold- und silber- haltigen Rückstände kauft Gold- schmelze Brod, Brangelstraße 4, Telefon 4, 6668. Feinste Referenzen.
Automobilfahrer erhalten theo- retischen und praktischen Fahrunterricht. Lehrstuhl Elektrik, SO, Reander- straße 4, Prospekt frei. 20055*
Wer Stoff hat? Feinste Herren- anzüge mit Futterlaken 45,00. Wagner, Schneidermeister, Richten- bergerstraße 9 (Wallfadenstraße). 2018*
Patentanwalt Dammann, Oranien- straße 57 (Nollplatz). Rat in Patent- sachen. 22985*
Hier Vereinszimmer, 20 bis 120 Personen fassend, zu Sitzungen, auch Jubiläen, noch frei, auch sehr gut geeignet zu Sommerfesten. Sehr gut keine Gesellschaften, Hoch- zeiten. Glas Bier 10 Pfennig. Engel, Seydelstraße 30. 2285*

Vermietungen.

Edelkellerei mit Vereins- und Billardzimmer, Kellern und an- schließender Wohnung, sofort zu ver- mieten Gödlicher Ufer 13. 2318*
Wohnungen.
Kleinwohnungen, gesunde, aller- billigst, sofort, später Nordost: Kropf- straße 15, Bangschstraße 12 (Germania- platz). 19119*
Zwei Stuben und Küche zu 33,00 Mark, Soldinerstraße 8 und 10. 6288*
Schwimmbad, dreizehnstriges Balkon- zimmer, speisenstriges Vorzimmer, Jubelstr. 1. Etage, 36,00, Soldiner- straße 108. Eventuell sofort. +98*

Zimmer.

Gut möbliertes Balkonzimmer, klein, dicht am Bahnhof Germania- straße, zu vermieten Nordost, Thomas- straße 32, Merker. +121*

Schlafstellen.

Teilnehmer möblierte Schlaf- stelle, Kantestrasse 37, Parterre.

Mietsgesuche.

Herr sucht Zimmer allein, Ditten, mit Preisangabe. Offerten unter M. 1, Postamt 17. 22545

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Wunder Schuhmacher bietet um Arbeit. Stelle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Wäber, Pflanz- straße 27. 14685

Glasermeister, spottbillig, gut- gehend, schnell, gerät, Reparaturen, Garderobeneinigung, sucht Kundenschaft. Ober, Brühl- straße 48. 740

Volkskammerlich Gerhard, Brangel- straße 115. 715

Stellennangebote.

Schlossergesellen auf Wanderschaft und Winterbau verlangt R. Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97.

Schlosser auf Konstruktoren verlangt R. Blume, Charlottenburg, Schiller- straße 97.

Arbeitersekretär gesucht.

Zum 1. September d. J. wird für das Arbeitersekretariat Gelsenkirchen ein zweiter Sekretär gesucht Anfangs- gehalt 1800 Mark.

Derselbe muß vorwiegend sozial- politische Arbeiten auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung, Arbeiter- schulen usw. ausführen und Auskunft erteilen. Verlangt wird rednerische Befähigung, gewerkschaftliche Erfahrung und Kenntnis der Arbeitergesetzgebung.

Bewerber wollen einen Schriftsatz über die Aufgaben der Arbeiter- sekretariate auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung an untenstehende Adresse bis zum 10. August einbringen. Gewünscht wird auch Angabe, bei welcher Gewerkschaft organisiert und Dauer der Mitgliedschaft. 291/20*

Joseph Pätz, Gelsenkirchen, Fürstinnenstr. 54.

Tüchtiger Graveur gesucht.

auf Stahl und Messing gesucht. H. Th. Neorgard, Kopenhagen.

Graveur-Gehülfen, tüchtig auf Stahl und Messing, sofort ein- treten. Event. gebe auch Arbeit außer dem Hause. Erbitte Preisofferte! 2038*

H. Haar, Grabenwall, 1. Obersterben.

Achtung, Kürschner!

Wir geben gegenwärtig nur die- jenigen gekürzten Firmen be- zogen, die Werkstätten im Hause haben. Damit sind gleichzeitig sämt- liche Werkstätten derjenigen Haus- industrie besetzt, die für diese Fabrikanten arbeiten.

Gehr. Dresdener, Niederwallstr. 21. B. Engel u. Co., Spittelmarkt 8/10. Köhler, Kommandantenstr. 68. H. Wolf, Poststr. 7. H. Wolf, Burgstr. 29. Jacob u. Prantigom, Markgrafenstr. 68. R. Wandschneider, Oberwallstraße 7. H. v. Salomon, Hanspogelplatz 12. D. Wenzel, Hausvogtelplatz 13. Werk- statt: Niederwallstr. 15. Eisner u. Weisk, Kurstr. 15. Nofa u. Co., Kurstr. 32. H. Wachen, Ede Oranienplatz. Mayer u. Co., Kommandantenstraße Nr. 78/78.

Hermann Engel, Landsbergerstr. 87. Geisler u. Gramer, Grünstr. 16. W. H. Reinhold, Neue Friedrichstr. 9/10. Freilicht u. Co., Oranienburgerstr. 2. Goldstein u. Sohn, Alexanderstr. 22. Wagner u. Co., Anselstr. 11. J. Landsberger, Niederwallstr. 10.

Alle Anfragen betreffs des Zirkels sind an unser gemein- sames Zirkelbureau, Wendels- johnstraße 9, zu richten. 102/17*

Der Vorstand des Deutschen Kürschner-Verbandes (Zahlstelle Berlin).

Der Vorstand des Verbandes der Kürschner Berlins und Umgegend.

Achtung! Achtung! Schilder- und Lackierer, Vergolder, Buchstaben- und Kirmner!

Der Streik der Schilder- und Lackierer, Vergolder und Buchstaben- und Kirmner ist beendet. Die Streikleitung.

Achtung, Holzarbeiter!

Jalousie-Arbeiter.

Die Kollegen der Firma Bod- koller befinden sich im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Da bei mehreren Firmen noch Differenzen bestehen, bitten wir, sich an den Baulen zu die blaue ge- stempelte Arbeits- Kontrollkarte zeigen zu lassen, nur diese ist gültig. Unbesetzene Karten sind zu ver- meiden. 83/8*

Achtung, Klavierarbeiter!

Die Kollegen der Piano- Fabrik Bretschneider in Leipzig befinden sich im Streik. Zugang ist fernzuhalten. 89/4*

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.

Osten:
Wengels, Frankfurter Allee 73.
Gustav Vogel, Kopenstr. 89.
G. Ramm, Or. Frankfurterstr. 91.

Nordosten:
L. Jucht, Reibstr. 42.
J. Reul, Barnimstr. 42.

Norden:
G. Rasche, Rügenstr. 24.
Karl Wars, Kattaniener-Allee 95/96.
G. Stolzenburg, Wiesenstr. 41/42.
L. Dehndt, Kopenstr. 24.
G. Vogel, Demminstr. 82.
H. Tien, Invalidenstr. 124.

Nordwesten:
Karl Anders, Solowjestr. 8.

Südwesten:
G. Werner, Wittenmaderstr. 30.
G. Zährder, Brangelstr. 15.

Süden:
St. Fris, Brangelstr. 31.
F. Gutschmidt, Kottbuser Dam 8.

Südosten:
Paul Böhm, Lauffer Platz 14/15.
P. Gorch, Engel-Ufer 15.

Charlottenburg:
G. Zehander, Seidenmeisterstr. 1.

Friedrichshagen:
O. Zeitel, Kronprinzstr. 50.

Rixdorf:
W. Heinrich, Prinz Jandorferstr. 7.
Conrad, Hermannstr. 50.

Schöneberg:
W. Dammier, Maria-Lutherstr. 61.

Weißensee:
W. Redde, Schanzstr. 43.
Jul. Schiller, König-Chaussee 30a.

Reinickendorf:
B. Gurich, Reubenerstr. 108.

Parteigenossen, leht die Wählerlisten zur Stadtverordnetenwahl ein!

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Spandauer Schiffahrtskanal. Das Lokal „Zum Lindenbaum“ von Julius Wagener steht der Arbeiterkassette zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Zweiter Wahlkreis. Südwest. In Rücksicht auf die zu Dienstag einberufene Gewerkschaftsversammlung findet die Viertelsversammlung des Wahlkreises für Südwest heute Mittwoch, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Habel, Bergmannstraße 5/7, statt. Genosse A. Bernstein spricht über: „Vollkrankheiten.“ Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Sechster Wahlkreis. Am Dienstag, den 22. August, findet die Generalversammlung des Wahlkreises statt. Anträge zum Parteitage sind statutenmäßig einzutragen.

Berliner Nachrichten.

Die Berliner Heimstätten-Misere

Ist jetzt wieder auf ihrem Höhepunkte angelangt. Längst wieder sind in allen Heimstätten, über die die Stadt Berlin verfügt, ständig alle Plätze besetzt, längst wieder wird den Aufnahmefähigen überall eine Wartezeit auferlegt.

Am 22. Juli waren in der Plankenburger Heimstätte für gesunde Frauen und für Wöchnerinnen bereits 103 Personen vorgemeldet, jedoch die Wartezeit nun schon auf 30 Tage bemessen werden muß. Die Heimstätte Heinersdorf für gesunde Männer hatte 77 Vormeldungen und die Wartezeit beträgt jetzt 22 Tage. In den Heimstätten Plankenfelde und Malchow für brustkranke Frauen wurden zusammen 135 vorgemeldete Personen gezählt; wer sich jetzt noch meldet, hat 24 Tage zu warten. Am schlimmsten liegen die Verhältnisse, wie immer und seit langem, in der Heimstätte Gättery für brustkranke Männer, die im Winter wie im Sommer ständig gefüllt ist und selbst im Dezember und Januar keinen Aufnahmefähigen ohne Wartezeit aufnehmen kann. Am 22. Juli war dort die Zahl der Wartenden auf 202 gestiegen, und wer nun noch kommt, hat sich 78 Tage zu gedulden. 78 Tage, das reicht bis in den Oktober hinein. Könnte man heute die neue Heimstätte für brustkranke Männer eröffnen, die in Buch noch immer „ihrer Vollendung entgegengeht“, so blieben selbst dann noch über 50 Personen, denen eine Wartezeit zugemutet werden müßte; denn die Wucher Heimstätte ist auf 150 Betten eingerichtet.

Im Augenblick läßt sich natürlich gegen diese Kalamität nichts tun; denn niemand vermag Heimstätten fit und fertig aus dem Boden zu stampfen. Aber das kann nicht oft genug konstatiert werden, daß sich jetzt die Unterlassungsünden rächen, die trotz aller Mahnungen und Warnungen der Sozialdemokraten die freisinnige Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung vor Jahren sich hat zuschulden kommen lassen. Erst freit man dreißig ab, daß ein Bedürfnis vorhanden sei, und läßt weiter alles gehen, wie es gehen will. Wenn dann zuletzt das Bedürfnis nicht länger weggeleugnet werden kann und endlich Abhilfe geschaffen werden muß, beginnen die Verströfungen auf das, was kommen soll. Rag inzwischen der Kostand ins Maßlose wachsen — ei, es soll ja anders werden, die Pläne sind ja schon genehmigt, ihre Ausführung ist schon im Gange, wir sind außer Schuld an dem gegenwärtigen Kostand. So treiben's die Freisinnigen, wenn über Mangel an Gemeindefulhäusern gellagt wird, so suchen sie zu beschwichtigen, wenn der Mangel an Krankenhäusern und Irrenanstalten sich immer ärger fühlbar macht, so speisen sie die Wähler ab, wenn der Mangel an Heimstätten unerträglich geworden ist.

Heimstätten hat ja von Rechts wegen überhaupt niemand zu fordern, wie der Oberbürgermeister Kirchner einmal in der Stadtverordneten-Versammlung unter dem Veifall seiner freisinnigen Auftraggeber auseinandergesetzt hat. Heimstätten zu schaffen, war ja nur ein Akt des „Wohltuollens“. Ueber die Krankenhäuser hat Herr Kirchner ganz ähnliche, des Freisinn's würdige Grundfätze entwickelt. Von Rechts wegen brauche, so meinte er, die Stadt nur soviel Krankenhäuser bereit zu halten, daß „die Armen“ Aufnahme finden könnten. Für die Unterbringung der Kranken habe nicht sie zu sorgen.

Solche Anschauungen und Äußerungen finden in gewöhnlichen Zeiten Zustimmung und Veifall bei allen Freisinnigen. Aber wenn Stadtverordneten-Wahlen kommen, dann zieht man es drüber vor, sich über solche Dinge lieber nicht so offen auszusprechen. Wir werden es wahrscheinlich auch diesmal in der Agitation zu den Stadtverordneten-Wahlen wieder erleben, daß der Freisinn sich plötzlich höchst arbeiterfreundlich stellt, wenigstens vor den Wählern der dritten Abteilung.

Aus den Krankenpflege-Anstalten muß leider recht oft über Mängel und Mißstände berichtet werden. Bald klagen die Kranken über die Behandlung, die ihnen dort zuteil wird, bald wieder klagt das Pflegepersonal über die Lohn- und Arbeitsbedingungen, die es sich bieten lassen muß.

Jetzt ist an der Reihe die königliche Klinik, bei deren Personal sich in letzter Zeit eine starke Unzufriedenheit bemerkbar gemacht hat. Für Freitag waren die Angestellten dieser angesehenen Musteranstalt zu einer Versammlung nach den Johannis-Feststätten (Johannisstr. 21) eingeladen worden, um gemeinsam die traurigen Zustände zu besprechen, unter denen dort das Personal zu leiden hat. Das Referat des Vertrauensmannes Heinze vom Gemeindefulhäuser-Verbande sowie die ergänzenden Ausführungen der Disziplinardirektorin zeigten, daß die königliche Klinik mit die schlechtesten Lohnverhältnisse unter allen Krankenpflege-Anstalten von Berlin und Umgegend hat. Das Anfangsgehalt beträgt für Pfleger 25 M., für Pflegerinnen 15 M. Von der Kost wurde behauptet, daß sie unzureichend und auch in anderer Beziehung manchenmal nicht zweifelslos sei. Zweites Heftstück gab es gar nicht und Abendbrot nur an zwei Abenden in der Woche, so daß die Angestellten gezwungen seien, von ihrem geringen Gehalt noch Zufujahrung zu kaufen. Der Velsichtigung reibt sich würdig die Behandlung an. Von einem Zrl. v. Seidlich und einer Fr. Wagar, die im Wirtschaftsbetriebe der Anstalt zu kommandieren haben, wurde ein keineswegs schmeichelhaftes Kontexte entworfen. Diese Damen verkehren mit Angestellten der königlichen Klinik per „Ihr“ und „Euch“, natürlich einseitig, ohne daß das Personal in gleicher Weise antworten darf. Vom Personal wird vielmehr erwartet, daß es mindestens das Zrl. v. Seidlich als ein „gnädiges“ tituliert, wiewohl bisher niemand etwas Gnädiges an der Dame gefunden haben will. Aus den mancherlei anderen Beschwerden, die noch vorgebracht wurden, sei erwähnt, daß Schlafräume des Personals zum Teil durch Gestank beeinträchtigt werden, der von den Grundstücken unter den Fenstern ausgeht. Verwundert ist ferner, daß die Pfleger dieser Krankenpflege-Anstalt auch bei eigener Erkrankung übel genug daran sind. Es werden Kranken-

lassenabzüge gemacht, aber ein Einfluß auf die Verwendung der Gelder steht ihnen nicht zu. Wer krank wird, hat sich an Ort und Stelle behandeln zu lassen, basta! Auch die Pflicht zur Erteilung eines Zeugnisses soll nicht in jedem Falle erfüllt worden sein. Eine Pflegerin klagte, daß sie bei ihrer Entlassung kein Zeugnis erhalten habe und ohne ein solches keine andere Stelle finden könne.

Das Mittel zur Beseitigung der im Krankenpflegewesen herrschenden Mißstände zeigte der Referent, der die Versammelten ermahnte, sich zu organisieren. Auf denselben Weg verweist auch eine von der Versammlung angenommene Resolution.

Bei Absperrung der Wasserzufuhr haben jetzt die städtischen Wasserwerke eine bemerkenswerte Neuerung eingeführt. Wenn in Zukunft ein in den Strahlen liegendes Hauptrohr abgesperrt werden soll, so wird dies bei den Hauswirten oder Verwaltern gemeldet. Gleichzeitig heftet ein Arbeiter noch an der Innenseite der Haustür einen weißen Zettel an, auf welchem folgende „Anzeige“ steht: „Heute wird die Wasserlieferung auf etwa . . . Stunden eingestellt werden. Der Wasserzulaß tritt ohne vorherige Anzeige wieder ein. Es wird daher empfohlen, an die Zapfhähne zu achten beziehungsweise dieselben geschlossen zu halten. Nähere Auskunft auf der Arbeitsstelle . . . Straße Nr. . . . Direktion der städtischen Wasserwerke.“

Wegen der Pensionierung des Stadtkämmerers Raack zum 1. Oktober d. J. ist der Berliner Stadtverordneten-Versammlung eine Magistratsvorlage zugegangen. Gleichzeitig ersucht der Magistrat die Stadtverordneten-Versammlung seinem Beschluß, dem aus dem Amt scheidenden Rame den Titel eines Stadtkämmerers von Berlin zu verliehen, beizutreten.

Druckfehler-Berichtigung. In der gestrigen Nummer ist in dem Artikel „Armut und Tod“ zu lesen: „daß namentlich die Ergebnisse für 1885 (nicht: seit 1885) als zu hoch angesehen werden müssen“.

Protest gegen die Eingemeindung des Tegeler Sees in Berlin. Die Gemeindevertretung von Zegel hat sich am Montag mit dem Plane der Stadt Berlin, den Tegeler See einzugemeinden, in geheimer Sitzung beschäftigt. Vorher gab jedoch der Amts- und Gemeindevorsteher Weigert in öffentlicher Sitzung eine Erklärung über den prinzipiellen Standpunkt der Gemeindeverwaltung ab. Zegel werde mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen eine Eingemeindung des Tegeler Sees protestieren. Als die erste Nachricht von dem Projekte der Stadt Berlin durch die Zeitungen ging, so führte der Amtsvorsteher weiter aus, habe er die Sache als einen schlechten Witz aufgefaßt. Der Tegeler See stehe absolut in keinem Zusammenhang mit dem Gelände der Stadt Berlin, und man sollte es auch nicht für möglich halten, daß die Stadt versucht, ihn zu einem Berliner Gewässer zu machen. Mit demselben Rechte könnte Zegel dann den Kreuzberg von Berlin fordern. — Sollte Berlin aber wirklich ernstlich mit dem Eingemeindungs-gedanken umgehen, so sei nur eine Erklärung möglich, und diese bestände darin, daß der Magistrat der Gemeinde Zegel die Vorteile, welche ihr aus dem Tegeler See mit der Ausführung des Berlin-Stettiner Kanals erwachsen würden, nehmen will. Diesen Gedanken aber dürste man kaum hegen, denn ein derartiges Handeln sei einer großen Stadt nicht würdig. Die Aufsichtsbehörden würden auch nicht zugeben können, daß Gemeinden, welche zufällig an dem Berlin-Stettiner Kanal liegen, die daraus erwachsenden beträchtlichen Vorteile zugunsten einer Großstadt genommen werden. — Sodann wurde in die geheime Beratung eingetreten. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß die Gemeindevertretung den Standpunkt des Amtsvorstehers zu dem ihrigen machte und entschieden gegen Berlin vorgehen will.

Soldatensinder. Wegen Mißhandlung eines Untergeordneten wurde der Unteroffizier Tau von der 9. Kompanie des königlichen Augusta-Regiments in Untersuchungshaft genommen. Dieser Fall hängt mit dem kürzlich gemeldeten Verlich des Rüstlers Jasper, sich zu erschließen, zusammen. J. befindet sich noch vernehmungsunfähig im Lazarett. Eine Vernehmung der ganzen Korporalschaft führte zu der Inhaftnahme des Unteroffiziers, der von der Unteroffizierschule kam und dem Regiment seit dem Jahre 1901 angehört. — Eine zweite Untersuchung, die sich auf den von Kameraden bereitelten Selbstmordversuch des Grenadiers Mann von der 7. Kompanie des genannten Regiments bezog, hat nichts Bestimmtes ergeben.

Eine erschütternde Familienszene hat sich in der vergangenen Nacht in der Admiralstraße abgespielt. Die 53-jährige Frau des Schlossers W. Admiralstr. 26, die sich ebenso wie die übrigen Familienmitglieder zu Bett begeben hatte, wurde auf dem Lager plötzlich vom Wahninn befallen. Die Zire sprang aus dem Bett heraus und raffte, alles zerstörend und wild schreiend in der Wohnung umher. Vergeblich versuchte der verzweifelte Ehemann, die tob-süchtige zu beruhigen. Laut weinend standen die erschrockenen fünf, zum Teil noch unerwachsenen Kinder in dem Schlafzammer. Doch es war alles vergeblich; die Zire erkannte ihre Kinder nicht mehr und tobte weiter. Man mußte die Kleinen vor der Kranken retten. Erst nachdem mehrere Schußleute herbeigerufen waren, gelang es, die Kalende zu bändigen. Frau W. wurde zunächst nach dem 48. Polizeirevier in der Kottbuserstraße und von dort mittels Krankenwagens nach der Charité gebracht.

Das rätselhafteste Verschwinden des Handlungsgehilfen Hermann Franke, Tempelstr. 13, der seit drei Wochen vermißt wird, ist bisher unauflöselt. Der Verschwindene war seit mehr als zehn Jahren in dem Ledergeschäft von Gebrüder Lohs in der Klosterstraße tätig. Er hat sich in seiner Stellung keinerlei Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen lassen, seine Theß gegen ihn vielmehr das Zeugnis eines fleißigen, pünktlichen und zuverlässigen Mannes. Da J. in geordneten Verhältnissen lebte und ganz allein stand und absolut keine Anhaltspunkte bekannt sind, die ihn zu einer plötzlichen Abreise hätten veranlassen können, glaubt man, daß ihm ein Unglück zugestoßen sei.

Der Bisslos.

Seit dem Inkrafttreten der Bundesrats-Verordnung zum Schutze der Kellner, Köche usw. werden die gewerkschaftlichen Unternehmerverbände nicht müde, auf das bishigen Arbeiterschutz zu schimpfen und dessen Beseitigung oder doch Verschlechterung zu fordern. Doch ganz kürzlich beschloffen der Bund deutscher Gastwirte und der Deutsche Gastwirteverband auf ihren Generalversammlungen, abermals eine Petition an die Regierung, in welcher u. a. auch die Aufhebung derjenigen Bestimmung gefordert wird, wonach Lehrlinge und jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren in Gastwirtschaften nicht nach 10 Uhr abends und nicht vor 8 Uhr früh beschäftigt werden dürfen. Die Herren Gastwirte behaupten, daß sie durch diese Bestimmung verlohrt wären, den Lehrlingen das Weiter beizubringen, denn das Geschäft ginge vielfach erst nach 10 Uhr abends an. Und der „Berliner Cafetierverein“ fügt gar die fürchterliche Drohung hinzu, in Zukunft Bisslos überhaupt nicht mehr auszubilden, so daß es später an tüchtigem Nachwuchs fehlen werde.

An all dies wurden wir jetzt durch den Meineidsprozess Meyer erinnert. Meyer ist jetzt 21 Jahre; er wäre also ein kaum fünfzehnjähriger Junge, noch ein halbes Kind, als er im Oldenburger Kasino tätig war. Dort hat er die Nächte hindurch serviert, hat Einblick in Verhältnisse bekommen, die selbst älteren Leuten

häufig nicht ungefährlich sind. Er kam aus ärmlichen Verhältnissen, und hier sah er nun Menschen, bei denen das Gold gar keine Rolle spielte, die Silberstücke ihm verächtlich nachwarfen. Er sah zu, wie die Stützen des Staates, Staatsanwälte und Minister, sich bei schäumendem Selt in den lauschigen Räumen bei „Poker“ und „Luftige Sieben“ bis in den grauen Morgen amüsierten. Im Verhältnis zu seiner Tätigkeit und zu seinem Alter verdient er viel Geld. Von den Herren, die er bedient, und die einer sozial höher stehenden Gesellschaftsschicht angehören, sieht und lernt er nichts Gutes. In ihrem Beispiel kann er sich nicht emporrichten. Was soll aus einem solchen jungen Manne werden?

Nun ist dem jungen Meyer von allen seinen Angehörigen und seinen Prinzipalen das denkbar beste Zeugnis ausgestellt worden. Hätte man sich wundern dürfen, wenn Meyer auf schlechte Bahn gelenkt wäre, ist es nicht vielmehr geradezu ein Wunder, daß er ein braver anständiger Mensch geblieben ist?

Hier war es der Spielteufel, in anderen gastwirtschaftlichen Betrieben sind es Leidenschaften anderer Art, die auf den angehenden Kellner demokratisierend wirken müssen. In den Nacht-Cafés und den Weinstuben unserer Großstädte, dort, wo unsere goldene Jugend sich in lauschigen Separées „auslebt“ und der Wein in Strömen fließt, da erhält das noch kindliche Gemüt des eben aus dem Elternhause kommenden Jungen die ersten tiefgehenden Einbrüche, die für seine ganze Zukunft verderblich sind. — Man braucht gewiß kein Augenbold und Moralprediger zu sein, aber man wird dennoch zugeben müssen, daß jugendliche Leute in eine solche Umgebung nicht hineingehören, selbst auf die Gefahr hin, daß es den Herren Gastwirten an „Nachwuchs“ fehle, daß wir uns also später einmal ohne die Jünger des Ganjmed behelfen müßten. Selbstverständlich eine alberne Uebertreibung der Gastwirte. Die oben erwähnte Bundesrats-Verordnung vom 23. Januar 1902 bringt deshalb auch nur das allermindeste an Schutz, was für das sittliche Gedeihen auch der jugendlichen Kellner gefordert werden muß. Es ist deswegen geradezu frivol, wenn von den Gastwirten die Aufhebung dieser Bestimmung gefordert wird, damit ihnen wieder die unbeschränkte Ausbeutungsfreiheit der jugendlichen Arbeitskräfte zugebilligt wird.

Ein amerikanischer Schwindel in Berlin. Ein Mann, der sich zu geschäftlichen Zwecken in der Kanonierstraße 42 ein Kontor gemietet hatte und angeblich im Kaiserhof wohnte, erlich unter dem Namen Joseph von Fällen, W. 8, Kanonierstraße 42, II, als Vertreter der „Philadelphia Record Gramophone Company Generaloffice, 75 State Street“, in Provinzialblättern große Anknündigungen dahin, daß er auf jedes zehnte Schreiben ein Gramophon mit 12 Platten umsonst liefern werde. Darauf meldeten sich zahlreiche Leute. J. antwortete nicht jedem zehnten, sondern allen Schreibern, daß sie der zehnte seien, verlangte für Freacht und Verpackung je 5 M. und stellte noch die Bedingung, daß die Gramophongesellschaft empfohlen werde. Nun liefen viele Geldsendungen ein, die v. J. annahm. Einige Tage später war er nicht anwesend und wollte, da die Wirtn das Geld nicht erhielt, dies auf der Post selbst abheben. Er wurde mangels genügenden Ausweises zurückgewiesen. Nun wurde ihm die Sache unheimlich; er entsetzte sich unter Mitnahme zweier Pakete, die später von einem Straßenteiniger in der Mittelstraße gefunden wurden und die Antworten auf die aus der Provinz einlaufenden Schreiben enthielten. Seitdem ist er verschwunden. Briefe und Geld kommt fortgesetzt für ihn an, muß aber an die Abfender zurückgehen.

Submissionsblättern aus Berlin. Bei dem Neubau des Kriminalgerichtes in Roabit wurden folgende Gebote abgegeben: Auf Lizen von der Firma Dm 69 089 M. und von der Firma Bollmar 45 683 M.; die Differenz beträgt sonach 23 406 M. Die Firma Lohde verlangte für Los II (5 Disten) 67 903 M. und die Firma Bollmar bot 50 145 M., das heißt 17 768 M. weniger. Für Dedon verlangte die Firma Dewitz 35 950 M. und die Firma M. S. Wegner nur ein Drittel dieser Summe, nämlich 13 122 M. oder 22 828 M. weniger. Bei dem Bau der Schule in der Greifswalderstraße wurden auf Eingangstüren folgende Angebote abgegeben: Firma Mittag 4645 M., Gebrüder Faul 1680 M. oder 2965 M. weniger. Und diese Differenzen sind bei Lieferungen zu verzeichnen, deren genaue Kalkulation möglich ist.

Die Gefahre einer Schiffahrtsunterbrechung auf Spree und Havel scheint für dieses Jahr beseitigt zu sein. Der Wasserstand der beiden Flüsse hat sich in den letzten Tagen wieder bedeutend gehoben und da von den oberen Läufen noch Wuchs gemeldet wird, so wird der Wasserstand sich in den nächsten Tagen noch über Normal gestalten. Die Havel hat in ihrem oberen Laufe soviel Wasser, daß zum Zwecke der Stromverschärfung die zurzeit wuchsenden Wasserpflanzen abgemäht werden. Die Einschränkungen für größere Fahrzeuge, welche für mehrere Havelstrecken in Kraft waren, sind wieder aufgehoben worden.

Die ausgedehnten bahnhofstlichen Terrains am Kottbuser Damm sollen dem Vernehmen nach zum Preise von 140 000 Mark pro Morgen in den Besitz der Nationalbank für Deutschland übergegangen sein, welche diese auf der Ostseite des Kottbuser Damms gelegenen Ländereien parzellieren und der Bebauung erschließen wird. Gegenwärtig befinden sich dortselbst Kugholz- und Brennmaterialien-Handlungen, doch sollen die mit deren Inhaber geschlossenen Pachtverträge bereits gekündigt sein. Der Eisenbahnstufas hat die Ländereien vor etwa 50 Jahren zum Preise von 10 000 Mark erworben, um dort einen Bahnhof für die damals projektiert gewesene oberdeutsche Bahnlinie anzulegen.

Von Knaben abgefaßt wurde ein etwa 20 mal bestrafter Mensch, der Hospitalit Ludwig Dielman aus Rummelsburg. Eine spielende Knabenchar war in der Abendstunde auf den Boden des Hauses Stalherstr. 84 gekommen und gewahrte dort hinter einem Balken versteckt einen unbekanntem Mann. Trotz des Schreckens, der die Knaben befiel, hielten sie Geistesgegenwart genug, um die zum Hausboden führende Treppe sofort zu schließen. Herbeieilende Männer stellten fest, daß die einzelnen Verschläge erfroren und geländert waren. Sie bemächtigten sich des Mannes und überlieferten ihn der Polizei.

Großfeuer kam am Dienstagnachmittag um 6 1/2 Uhr in der Lindenstr. 19 in der Fabrik von Schäffer u. Walder aus noch nicht ermittelter Ursache zum Ausbruch. Die Arbeiter hatten eben die Werkstätten verlassen, als die Gefahr bemerk wurde. Es brannte auf dem zweiten Hofe der rechte Seitenflügel, gegenüber der Dreherei, die vor einigen Monaten ausgebrannt ist. Die Flammen hatten in der Schiefererei, wo das Feuer ausgekommen sein soll, an dem mit Del getränkten Fußboden und Inventar reiche Nahrung gefunden und sich der darüberliegenden Ladererei mitgeteilt. Als die von einem Mädchen alarmierte Feuerwehr erschien, war der Hof mit dem Werkstätten schon total verqualmt. Die Feuerwehr griff mit fünf Schlauchleitungen an. Um an den Brandherd zu gelangen, wurden Stiegeleitern benutzt, aber die dann die Feuerwerker durch die Fenster in die Werkstätten einstiegen. Es gelang innerhalb einer Stunde den Brand zu löschen, ohne daß das in verschlossenen Werkstätten dort aufbewahrte Benzin zur Explosion kam. Der Schaden ließ sich gestern abend nicht mehr ermitteln. Eine längere Betriebsstörung soll nicht stattfinden.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern abend 8 Uhr vor dem Hause Große Frankfurterstraße Nr. 110. Ein 30 Jahre alter Arbeiter wollte noch kurz vor einem herankommenden Straßenbahnwagen der Linie 88 das Gleis überschreiten, stieß aber ab und

Nähte zu Boden. Trotzdem der Führer sofort Gegenstrom gab, konnte er den schweren Wagen nicht auf der Stelle zum Stehen bringen, sodass der Mann kurz vor den Rädern eingeklemmt wurde. Vergebens suchte das Publikum den schweren Wagen zu heben. Erst der herbeigerufenen Feuerwehr gelang es, den Verunglückten zu befreien, der auf dem Mamschafswagen nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht wurde.

Einen tödlichen Abgang von der Straßenbahn erlitt das vierjährige Tochterchen Käthe der Schuhmacher Wilhelmsen Eheleute aus der Gräfenstraße 8. Das Kind befand sich besuchsweise bei den Großeltern, den Schuhmacherleuten Wilow in der Anklamstraße 38. Die Großmutter hatte am Sonntag mit dem Entfalle einen Ausflug unternommen und kehrte erst um 1/2 Uhr abends mit der Straßenbahn zurück. In der Ecke der Brunn- und Anklamstraße wollten beide aussteigen. In dem Gedränge, das an Sonntagen auf fast allen Straßenbahnen herrscht, und bei der bekannten Rücksichtslosigkeit des Publikums kam das Kind zu Fall und schlug mit dem Hinterkopf auf das Pflaster. Die Großmutter trug es bewußlos in ihre Wohnung, wo am Montag morgen um 10 Uhr der Tod eintrat. Die Leiche wurde beklagt.

Ein ungetreuer Kompagnionsknecht, der Gefreite Hüllig von der 2. Kompagnie der Augustiner, wurde vom Kriegsgericht der 2. Garde-Infanterie-Division zu zwei Monaten Festung, Degradation und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt. Bei mehreren Grenadiere wurde von Angehörigen brieflich angefragt, ob Geldbündeln bei ihnen angelangt seien. Da dies nicht der Fall wurde dem Feldwebel Meldung gemacht. Dadurch kam eine Untersuchung zustande mit dem Ergebnis, daß H. 123 M., die mit der Post für Soldaten eingegangen waren, unterschlagen hatte.

In seiner Drofschleife gefahren ist gestern morgen zu früher Stunde der 50 Jahre alte Drofschleifer W. Rieseband aus der Oppelnerstraße 18. Er befand sich die Nacht hindurch mit seinem Gefährt im Betrieb und hielt morgens um 5 1/2 Uhr an der Ecke der Wiener- und Grünauerstraße auf dem Halteplatze. Die Spigen-drofschleife wurde gerade befestigt, und Niedband, der sich in seinem Wagen zurückgezogen hatte, sollte an die erste Stelle rücken. Als ein anderer Fahrer ihn wecken wollte, gab R. kein Lebenszeichen von sich. Er wurde in seiner Drofschleife nach der Rettungswache Götlicher Bahnhof gebracht, wo ein Arzt nur den bereits eingetretenen Tod feststellen konnte.

Durch ein herabstürzendes Fenster schwer verletzt wurde gestern Mittag der 24jährige Schneider Max Verlowitz aus der Kronenstraße 22. Als er auf einem Geschäftsgange das Haus Nitterstraße 75 passierte, fiel plötzlich eine große Fensterscheibe aus der Höhe des vierten Stockes herunter und traf ihn, so daß er wieder-sürgte. Er erlitt dabei schwere Verletzungen an den Armen und wurde sofort nach der Unfallstation XIV. in der Alexandrienerstraße geschafft. Von hier aus mußte er später nach dem Krankenhaus am Urban befördert werden. Die Fensterscheibe war erst morgens geputzt worden.

Feuerbericht. Die Feuerwehr hat jetzt verhältnismäßig wenig zu tun. In der letzten Nacht wurde sie nur zweimal nach der Völknerstraße 3 und Märtastraße 10a gerufen, wo Gardinen, Wäsche, Stroh u. a. brannten. Außerdem wurde die Wehr nur noch nach der Kleinen Jägerstraße 3/4 gerufen, sodas nach den Anfränkungen der letzten Tage die Mannschaften sich ausruhen konnten.

Am 146. Beobachtungabend des „Vereins von Freunden der Dreptow-Sternwarte“ Mittwoch, den 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr, spricht im Hörsaal der Dreptow-Sternwarte Herr Dr. Jaekel über: „Die Entwicklungsgeschichte der Erde“. Der Vortragende wird die Hauptperioden der Erdgeschichte, — Gaszustand, Verdichtung, Abkühlung, Mondbildung, Entstehung des organischen Lebens, wie auch: Phasen starker Abkühlung (Eiszeiten), Zukunft der Erde, behandeln. Mit dem großen Fernrohr wird von 9 1/2 bis 12 Uhr Sternbauten im Hekules beobachtet. Ferner gelangen noch einige Wünsche für das Museum der Dreptow-Sternwarte zur Vorlage. Gäste haben Zutritt.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung der Arbeiter und Handwerker sämtlicher englischen Gasanstalten Berlins und Umgegend beschäftigte sich am Montag mit der Entlassung zweier Vertrauensleute auf den Gaswerken Mariendorf. Die Entlassung der Arbeiter Prenzlau und Starl ist auf Grund elender Angeberei erfolgt. Eine Reueherung, die nach keiner Richtung bewiesen ist, soll mit Entlassung geknüpft werden; außerdem sollen die beiden „gewählt“ haben. Der Referent Dittmer geißelte das von der Direktion betriebene Verfahren. Das selbe stände in schreiendem Widerspruch zu den mündlichen und schriftlichen Versprechungen der Direktion, das Koalitionsrecht nicht anzutasten. In scharfen Worten wurde das Spiegeln verurteilt, das von leitenden Personen großgezogen worden ist. Die Versammlung nahm schließlich ein- stimmig folgende Resolution an:

„Die heute am 24. Juli 1905 bei D. H. St., Schöneberg, zahlreich versammelten Arbeiter, Handwerker und Angestellten sämtlicher englischen Gasanstalten Berlins und Umgegend erklären in der Entlassung der Kollegen Prenzlau und Starl eine Maßregelung.“

Aus dem Verlauf der bisherigen Verhandlungen hat sich gezeigt, daß die schriftlichen und mündlichen Versicherungen der Direktion, das Koalitionsrecht zu respektieren, nicht innegehalten werden. Daher verpflichten sich alle Anwesenden, nicht abzulassen, bis die Entlassenen wieder eingestellt werden und das Koalitionsrecht in den Betrieben der J. C. O. A. voll anerkannt wird.

Um aber zu verhindern, daß auf alle Wege der Verständigung seitens der Arbeiter verfehlt werden, beauftragten die Versammelten die Obmänner der Arbeitervereine resp. die Vertrauensleute, noch einmal bei der Direktion wegen der Wiedereinstellung vorstellig zu werden. Sollte auch dieser Versuch scheitern, so wird die Ortsverwaltung beauftragt, unverzüglich weitere Maßnahmen zu treffen.“

Darauf wurden zur Bildung einer Kommission sechs Kollegen aus den Werken Schöneberg, Mariendorf und Wittchinerstraße gewählt, die nochmals bei der Direktion vorstellig werden sollen.

In Betracht kommen etwa 1200 Kollegen, die sich außer den zuletzt genannten auf die Werke Holzmarktstraße, Obersee, Weihensee und die Ammonialwerke Nieder-Schöneberg verteilen.

Ein Austausch von Gebieten Schönebergs mit solchen von Charlottenburg ist ein seit einiger Zeit bestehender Wunsch der städtischen Behörden Schönebergs. In Schöneberg gehört ein vollständig von Charlottenburger Gebiet eingeschlossenes, etwa 11,4 Hektar großes Gelände, das zwischen dem Schlossgarten und der Spree in der Nähe des Kooches an der Stelle liegt, wo die Ringbahn von der Hamburger Bahn abzweigt und teils aus fiskalischem Eisenbahngelände, teils aus Wiesen besteht. Es wird nun beabsichtigt, dieses Gelände nach Charlottenburg umzugemeinden, wogegen die Stadt Charlottenburg sich bereit erklärt, einige für Schöneberg willkommene Grenzregulierungen an der Augustburger-, Passauer- und Weißbergstraße, sowie an der Ecke der Rog- und Kurfürstenstraße vorzunehmen, wo die Charlottenburg-Schöneberger Gemeindegrenze mitten durch das betreffende Gelände hindurchgeht. Außerdem sollen Grenzregulierungen am Kollendorf-Platz vorgenommen werden.

Weihensee.

Das Sommerfest, welches die hiesigen Genossen am vergangenen Sonntag abhielten, hatte einen guten Verlauf. Zum erstenmal gelang es uns, in geschlossenem Zuge durch den ganzen Ort, soweit die Hauptstraßen in Betracht kommen, in das Festlokal einzumarschieren. Sämtliche Gewerkschaften und Arbeitervereine beteiligten sich mit Fahnen und Emblemen daran. Drei Musikchöre sorgten für die nötige Marschmusik, unterstützt von den Gefängnissen der einzelnen Gesangsvereine. Die den Festzug bewachenden Polizei-

beamten waren zum Nichtstun verurteilt, denn alle notwendige Ordnung und Verkehrslenkung regelten die freiwilligen Ordnung, denen gern Gehör geschenkt und Folge geleistet wurde. So kam es, daß die Gendarmen Gewehr bei Fuß den Zug betrachteten und dann mit der „Aktion“ wieder vorausführten. Die Spießbürger sahen in ihren Aneip- oder Beobachtungen auf der Straße den imposanten Festzug, den sie selbst auf 4000 Beteiligte schätzten.

Das Wahlrecht, welches die Vereinigte Bürgerpartei bei der Gemeindevertreterswahl im vorigen Jahre ausübte, hat nun wenigstens in etwas seine Sähe gefunden. In der zweiten Wählerabteilung spielen, wie wohl überall, die Vollmachten (Papierstimmen) eine Hauptrolle. Die reaktionäre Landgemeindevorstellung läßt es zu, daß Befugter von Ländereien und Grundstücken, die außerhalb der Gemeinde wohnen, ein Stimmrecht zur Gemeindevertretung haben, und diese erteilen irgend einem Eingefessenen die Vollmacht, die Stimme abzugeben. Eine solche Stimmabgabe unterliegt jedoch der Stempelsteuerpflicht und zwar je 1,50 M. Hierorts hatten nun die Vereinigten Bürgerpartei sich mit einer ganzen Anzahl solcher Vollmachten versehen und gaben sie, ohne den gesetzlichen Stempel, an den Wahlvorsteher ab, der diese am Schluß des Wahltages zur Auszahlung bringen sollte. Als dann die Vereinigte Bürgerpartei sah, daß sie auch ohne die Papierstimmen den Sieg über die sozialdemokratischen Kandidaten davontrug, zogen sie die der Stempelsteuerpflicht unterliegenden Papierstimmen zurück. Und das wiederholte sich, da am gleichen Tage eine Erklär- und Ergänzungswahl stattfand. Gegen dieses Manöver protestierten unsere Genossen in der Gemeindevertretung und forderten den Amtsvorsteher, der auch als Wahlvorsteher fungierte, auf, gegen diese Gesetzesverletzung die Untersuchung einzuleiten. Nach wiederholten Anfragen kam endlich der mündliche Befehl, die Vollmachten seien unter Vorbehalt der Jurisdiktion abgegeben, somit liege eine Stempelsteuerhinterziehung nicht vor. Genosse Schmutz als Wähler der zweiten Abteilung wandte sich nun mit einer Beschwerde direkt an das königl. Hauptsteueramt, und erhielt in einem Schreiben vom 28. Juni 1905 folgenden Bescheid:

„Auf das an den Herrn Provinzialsteuerdirektor hierher selbst gerichtete Schreiben vom 12. Juli v. J., welches mich zur Weiterverfolgung der Sache abgab, erwidern wir Ihnen, daß Ihrer Anzeige Folge gegeben und unter Nachhebung der Stempel eine Verurteilung der verschiedenen Stempelschuldner dem Gesetze gemäß stattgefunden hat, soweit sie noch zu ermitteln waren.“

Nach den eingegangenen Erkundigungen sind die beiden Wahlvorsteher und der zur Stimmenabgabe Berechtigte eingekerkert mit je 9 M. in Strafe genommen worden. Die Ermittlungen sind daher nicht bedeutend gewesen und ist auch Genosse Schmutz von der Steuerbehörde niemals vernommen worden.

Friedrichshöhe.

Zu dem kürzlich gemeldeten Fall betrefend Unterbringung einer Schwerverkrannten in ein Krankenhaus können wir noch melden, daß die bedauernswerte Frau verschont blieb, nochmals von einem Krankenhaus zum anderen gefahren zu werden, denn sie ist im hiesigen Krankenhaus gestorben. Wie aus zuverlässiger Quelle bekannt wird, wäre es wohl möglich gewesen, die Frau im Mummelsburger Krankenhaus unterzubringen, doch scheint die Betreffende der Krankenhausverwaltung nicht „fair“ gewesen zu sein. Es erfolgte also die Lösung: Alles besetzt! Die ganze Angelegenheit bedarf noch weiterer Klärung. Besonders wird auf den früheren Beigeleiter der Frau, einen Topfmeister, gefahndet.

Wilmerdorf.

Ein Waffendiebstahl von Invaliditäts-Quittungskarten ist auf dem Neubau zu Wilmerdorf Kurfürstendamm 170 ausgeführt worden. Die Quittungskarten, 28 an der Zahl, welche den auf dem Bau beschäftigten Bauarbeitern und Maurern gehörten, waren in dem Raum der sogenannten Waubude, welche dem Bauleitenden, Polier H. Schmidt, zum Aufenthalt dient, aufbewahrt. Die Diebe sind in der Nacht in die Waubude, die ebenso wie der Neubau unbewacht war, eingebrochen und haben nicht bloß die Invaliditätskarten, sondern auch dem Polier gehörige Kleidungsstücke gestohlen. Auch haben sie sich an dem in diesem Räume untergebrachten Bier, Schnaps und Zigarren gütlich getan. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur.

Es wäre nicht nur im Interesse der Bauarbeiter, sondern auch im allgemeinen Interesse sehr wünschenswert, wenn die Diebe, die offenbar mit diesen gestohlenen Karten viele Gaunereien verüben wollen und manchen ehelichen Namen schänden können, recht bald ermittelt würden.

Befohlen wurde in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend der in der Neßkystraße 6 wohnende Zimmerer Karl Ulrich. Dem Spießbuden fielen 300 M. bares Geld in die Hände. Einen Anzug, den er schon eingepackt hatte, ließ er liegen.

Spandau.

Ein seltenes Schauspiel bot sich den erlauchten Philistern hiesiger Stadt am Sonntag, als die Arbeiter-Turn-, Gesang- und Radfahrvereine des ganzen Wahlkreises Potsdam-Osthavelland in überaus stattlicher Anzahl ihren — zum erstenmal von der Polizeibehörde genehmigten — öffentlichen Aufzug veranstalteten. Den Reigen eröffnete unsere „leichte Kavallerie“ in einer Anzahl von etwa 400, es folgten die „Muskel-Athleten“ in ihrer kleidamen Tracht, unter ihnen die Damenabteilung des Weltener Turnvereins, allgemeines freudiges Aufsehen erregend. Den Zug beschloffen die „Lungen-Athleten“ (Sänger), deren Zahl auch etwa 400 betragen mochte. Drei Musikkapellen und acht Banner besorgten das übrige, um den Reih der ehrenden Spieler, die bisher das Recht zu öffentlichen Aufzügen als ihr Privilegium betrachteten hatten, zu erweisen. Die Zahl der Zuschauer zählte nach vielen Tausenden. Die Polizei hielt sich in respektvoller Entfernung, sie war auch absolut überflüssig, denn die eigenen Jugendner sorgten schon dafür, daß alles glatt von statten ging.

Erstochen aufgefunden wurde Montag früh in der Schönenstraße der Arbeiter Lüdke. Ein Messerhieb hatte das linke Auge verletzt und war bis ins Gehirn gedrungen. Offenbar war eine Streitigkeit vorangegangen. Im Garnisonlazarett, in das Lüdke gebracht wurde, konnte nur noch der Tod festgestellt werden.

Ober-Schönebeide.

Einem längst empfundenen Uebelstande ist jetzt Abhilfe geworden. Eine Bekanntmachung des Amtsvorstehers besagt, daß aus Anlaß einer Beschwerde die Lokalinhaber an der Obersee der Dampf-schiffahrtsgesellschaft „Etern“ gegenüber die Verpflichtung eingegangen sind, den Fahrplänen stets ungehinderten Zutritt und Durchgang zu den Schiffen freizuhalten. Hoffentlich soll damit auch gesagt sein, daß die Fahrgäste — wenn sie Sonntags die in Frage kommenden Orte erreichen wollen — nicht mehr gezwungen werden, das manchmal recht hohe Eintrittsgeld in den betr. Restaurationsgarten, in dem die Dampfstation liegt, bezahlen zu müssen. — Der Landratsamtsverwalter hat die noch immer für den Fahr-verkehr gesperrte Treppentreppe besichtigt und steht zu hoffen, daß dem leidigen Zustande baldigst ein Ende bereitet wird.

Friedrichshagen.

Der Unglücksfall in Friedrichshagen, wofolbst, wie bereits gemeldet, in dem Hause Bahndorfstraße 2 die beiden drei resp. vier Jahre alten Töchter des Bahnschuhmachers Mitsche aus dem Fenster stürzten, ist glücklicher verlaufen, als es nach der ersten Meldung den Anschein hatte. Das ältere Mädchen hat nur eine Verletzung beider Augenlider, das jüngere Hautabrisse am Kinn und an den Armen erlitten. Beide Kinder befinden sich außer Lebensgefahr.

In der Generalversammlung des Arbeiterbildungsvereins gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Es haben stattgefunden zwölf Monatsversammlungen; außerdem 15 Vorstandssitzungen. Die Zahl der Mitglieder hat sich um 123 vermehrt. Die Kasse ergab einen Barbestand von 59,03 M. Dem Kassierer wurde Entlassung erteilt. Die Vereinsbibliothek veranlagte im letzten Jahre 294 Bücher.

Der Bestand der Bibliothek ist um 64 Bände vermehrt worden. Hier von wurden 54 angekauft, 10 Bände wurden als Geschenke überwiefen.

Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Karoslat; 2. Vorsitzender Karling; Kassierer Albert Schulze; Schriftführer Körber; 2. Schriftführer Kornitz; Beisitzer wurden Kühl und Döge; Revisoren Max Grau, Werkmann und Hinge; Mitglieder der Bibliotheks-Kommission: Kurt Sonnenburg, Lemis und Dörhard.

Aufgenommen wurden 8 neue Mitglieder. Ein Antrag des Vorstandes, den Namen des Vereins in „Sozialdemokratischer Arbeiterverein für Friedrichshagen und Umgegend“ umzuwandeln, wurde nach kurzer Erörterung mit großer Mehrheit angenommen. Die nächste Versammlung des sozialdemokratischen Arbeitervereins findet Sonnabend, 10. August, im Bezirkslokal statt.

Reinickendorf-West.

Der Gemeindevertreter Genosse Dill berichtete in der letzten Wahlvereinsversammlung über Gemeindeangelegenheiten. Mit dem rasiden Anmarsch der Gemeinde hätten sich die Amtsgeschäfte dermaßen gehäuft, daß mit Zustimmung unserer Genossen die Anstellung eines Juristen mit einem Gehaltsgehalt von 5000 M. als Beauftragter des Amtes beschlossen wurde. Zur Schillerfeier wurde den Schülern der oberen Klassen ein Gedendbuch überwiefen. Ein Antrag des Paul Gerhardtstifts zwecks Steuerfreiheit eines Grundstücks auf Reinickendorfer Gebiet wurde abgelehnt, dafür aber genanntem Institut 150 M. als Beihilfe gewährt. Zugestimmt wurde ferner einem Antrage, einen Landkomplex von 181 Morgen zum Preise von 160 000 Mark zu erwerben, um durch Anschaffung der Privatbesetzung dieses Terrain der Gemeinde zu erhalten. Nachdem erst jüngst das Schulhaus in der Auguste Viktoria-Allee fertig geworden, ist bereits ein weiterer Schulhausbau notwendig, und wurde dafür die Summe von 205 000 Mark bewilligt. Dagegen wurde das Realgymnasium von unserer Seite abgelehnt. Ein größerer Betrag wurde für Jugendheimstätten bereit gestellt. Einem Antrage, die Bureauzeit der Gemeindebeamten auf 7 Stunden zu verkleinern, wurde von unserer Seite mit Erfolg ein Antrag auf Ferienurlaub der Gemeinde-Arbeiter gegenübergestellt. An der äußerst regen Diskussion beteiligten sich die Genossen Glomann, Teis, Montkowski, Wolf und andere. Hierbei wurden verschiedene Mißstände der Kritik unterzogen, auf deren Abstellung die Genossen in der Gemeindevertretung hingewiesen wurden. Genosse Schilling ergänzte noch in einigen Punkten den Bericht des Referenten. — Unter Verschiedenem wurde zur Ueberwachung der sanitären Verhältnisse, welche hier im Westen teilweise jeder Beschreibung spotten, eine Gesundheitskommission von fünf Personen gewählt. Weiter wurde beschlossen, am Sonntag, den 13. August, bei Otto, Verlinerstraße, das diesjährige Sommerfest für den Wahlverein zu feiern und ein Komitee mit den Vorarbeiten betraut.

Nowawes-Neuendorf.

„Kommunalpolitik“ lautete das Thema, das Stadtverordneter Wallermann-Schöneberg in der in Neuendorf stattgehabten öffentlichen Wahlvereinsversammlung behandelte. Redner legte in anschaulicher Weise die Forderungen dar, die die Sozialdemokratie an die Gemeinden stellt, und zeigte an treffenden Beispielen, wie wenig die heutige Zusammensetzung der Gemeindevertretungen geeignet ist, die sozialen Bedürfnisse der Einwohner zu erfüllen. Wenn es auch bei dem jetzigen Wahlrecht unwahrscheinlich sei, daß wir in den preussischen Gemeindevertretungen die Majorität in absehbarer Zeit erringen, so sei es der Sozialdemokratie doch schon heute möglich, einen bedeutenden Einfluß in den Gemeindevertretungen auszuüben, wenn die Arbeiterklasse ihrer Pflicht nachkomme und sich zahlreich an den Gemeindevertretersammlungen beteilige. — Nach einer kurzen Diskussion, in der u. a. Genosse Grühl erklärte, daß der Wahlvereinsvorstand beschlossen habe, fortlaufend Versammlungen in Neuendorf abzuhalten und die Anwesenden ermahnte, für zahlreiches Besuch derselben zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Vermischtes.

Ein neues, schweres Eisenbahn-Unglück wird aus Waldenburg in Schlesien gemeldet: Im Kilometer 326,85 der Strecke Ruhlsdorf-Wittgendorf wurde am 23. Juli d. J. nachts 11 Uhr auf dem Ueberwege von Giehmansdorf nach Hartmannsdorf ein von ersterem Orte kommendes Fuhrwerk mit zehn Personen von einer von Wittgendorf nach Ruhlsdorf leer fahrenden Maschine erfasst, wobei drei Personen schwer und sieben leicht verletzt worden sind. Die Schwerverletzten wurden alsbald in das Krankenhaus nach Landshut gebracht. Die Schuld an dem Unfall trifft den Schrankenwärter, welcher die Schranken nicht geschlossen hatte.

Brennende Petroleumquellen. Aus New York wird unterm 25. Juli gemeldet, daß ein ungeheurer Brand in der Nähe der Stadt Astin, im Staate Texas, wüthet, und zwar in dem Gebiet, wo sich die Petroleumquellen und die großen Petroleumreservoirs befinden. Die Quellen sowie die Reservoirs stehen in Flammen. Ein Flächenraum von über zwei Quadratkilometern bildet ein Flammenmeer. Der angerichtete Schaden ist noch nicht vollständig zu übersehen. Man weiß aber bereits, daß 3 000 000 Häfler Petroleum vernichtet sind. Zwanzig Personen sind in den Flammen umgekommen. Fünfzig Personen erlitten gefährliche Verwundungen.

Ein weiteres Telegramm besagt:

London, 25. Juli. Wie aus Houston (Texas) gemeldet wird, schlug der Blitz in 11 große Oelantars, die dann ausbrannten, zwölf Personen sind verbrannt und Hunderte obdachlos, da die Häuten zerstört sind.

Das gelbe Fieber. New Orleans, 24. Juli. Wie amtlich bekannt gegeben wird, sind hier am gelben Fieber 17 Personen erkrankt und 6 gestorben.

Berliner Marktpreise. (Ermittelt vom Polizei-Bezirksamt) Futtergerste, gute Sorte, 1 Doppelzentner 15,80 (15,00), mittel 14,90 (14,20), geringe 14,10 (13,40). Hafer, gute Sorte 16,40 (15,50), mittel 15,40 (14,50), geringe 14,40 (13,50). Drei Wagen und ab Bahn. Gersten, gelbe, zum Kochen 40,00 (30,00). Speisebohnen, weiße 50,00 (30,00), Linien 60,00 (30,00), Kartoffeln 11,00 (6,00). Rindfleisch, von der Keule, 1 Kilogramm 1,80 (1,40), Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50 (1,20), Schweinefleisch 1,80 (1,30), Kalbfleisch 2,20 (1,80), Hammelfleisch 1,80 (1,40), Butter 2,50 (2,20), Eier (60 Stück) 4,00 (3,00). Karren, 1 Stg. 2,00 (1,40), Waße 3,00 (1,90), Rander, 1 Stg. 3,50 (1,40), Gedächte 2,80 (1,40), Barische 2,00 (1,00), Schleie 3,00 (1,20), Fleis 1,50 (0,80), Krebse (60 Stück) 20,00 (8,00).

Witterungsübersicht vom 25. Juli 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. d. Luft	Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. d. Luft
Emmende.	758	SW	3	Regen	16	Dabaranda	760	ED	2	halb bb.	20
Hamburg	761	SW	3	bedeckt	15	Petersburg	755	D	1	bedeckt	15
Berlin	760	SW	4	bedeckt	15	Sofia	765	D	2	bedeckt	17
Konstantinopel	764	R	3	bedeckt	17	Udessa	759	SW	2	wolkig	16
Wien	764	SW	3	bedeckt	14	Paris	765	RD	1	molten	16
				bedeckt	15						

Weiter-Prognose für Mittwoch, den 26. Juli 1905. Etwas wärmer, zunächst aufklaren bei mäßigen südwestlichen Winden; später wieder zunehmende Bewölkung und leichter Regen.

Wasserstand am 24. Juli. Elbe bei Ruffig — 0,24 Meter, bei Dresden — 1,53 Meter, bei Magdeburg + 0,91 Meter. — Unstrut bei Trautzsch + 1,15 Meter. — Oder bei Rathow + 0,94 Meter, bei Bredlau Ober-Regel + 4,78 Meter, bei Bredlau Unter-Regel — 1,43 Meter, bei Frankfurt + 1,41 Meter. — Weichsel bei Bruchmünde + 2,43 Meter. — Warthe bei Solen — 0,14 Meter. — Neys bei Ulls + 0,55 Meter.